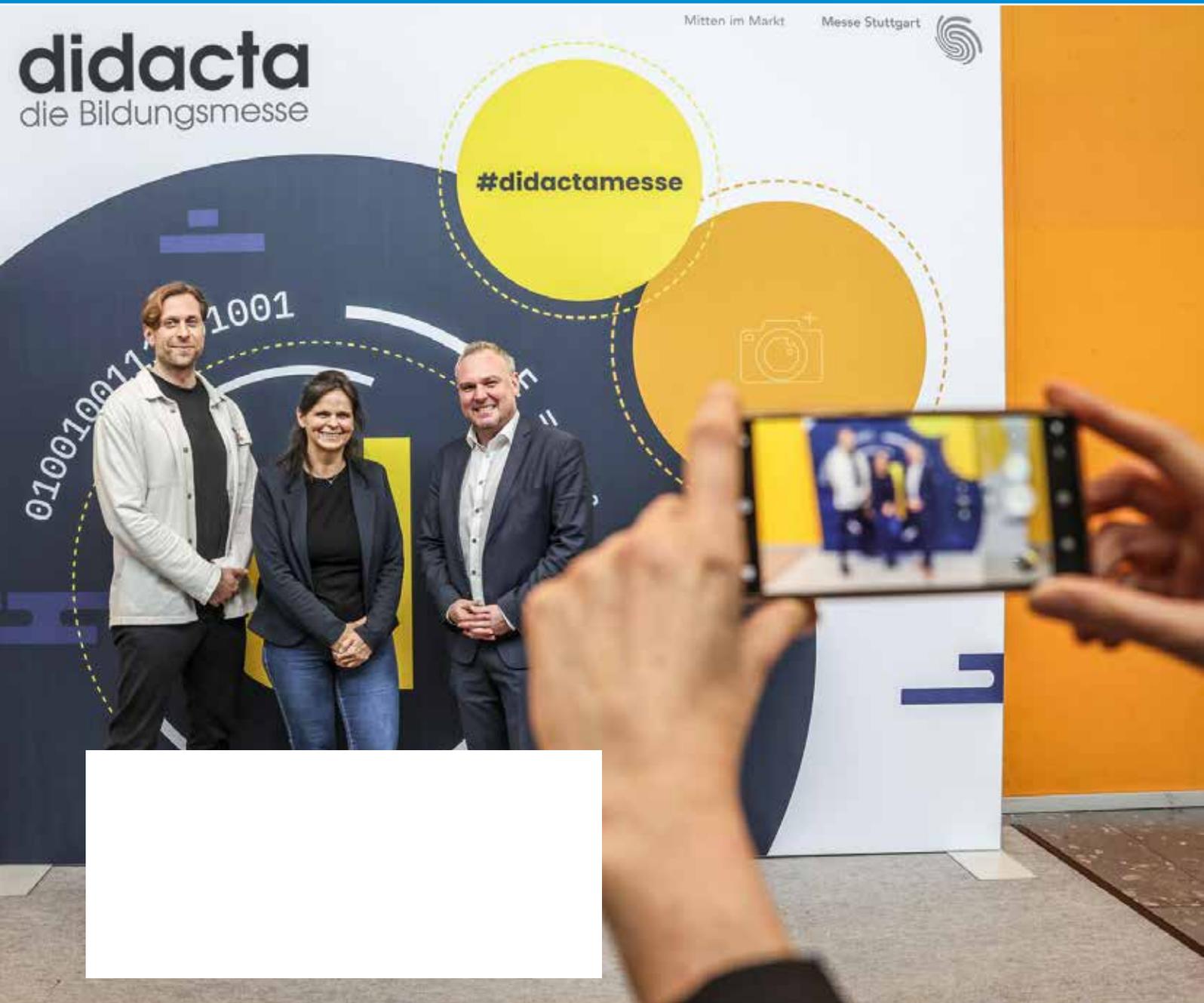


BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich



6 didacta 2025 in Stuttgart:
VDR und RLV BW kämpfen für die Realschule in Baden-Württemberg

20 2. Bildungs-Summit in Hannover:
Berufsorientierung spielt wichtige Rolle beim Fachkräftemangel

40 VDR Frauen in Fulda:
Veränderungen in der Gesellschaft haben Auswirkungen auf den Schulalltag

INHALT



6 VDR zeigt Präsenz auf der didacta 2025



18 Jugend-Enquete-Kommission fordert demokratische Teilhabe junger Menschen



20 Gespräche auf dem 2. Bildungs-Summit in Hannover

EDITORIAL	4
EINBLICKE UND AUSBLICKE	5
DIDACTA 2025 IN STUTTGART	
Bildung als Schlüssel für Demokratie und Zukunft	6
Impressionen	11
Kommentar: Eine kritische Betrachtung der didacat 2025	12
DIE GRUNDSCHULEMPFEHLUNG – EIN EWIGER STREIT UM DIE VERBINDLICHKEIT	
Der Deutsche Lehrerverband im Deutschlandfunk: „Campus & Karriere“	14
3 FRAGEN AN ...	
Udo Michallik	17
ENGAGEMENT FÜR DIE DEMOKRATIE: DIE ERGEBNISSE DER JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION	18
KMK: SIMONE OLDENBURG IST PRÄSIDENTIN DER BILDUNGSMINISTERKONFERENZ 2025	19
BERUFSORIENTIERUNG ALS SCHLÜSSEL ZUR BEKÄMPFUNG DES FACHKRÄFTEMANGELS	
Ein Rückblick auf den 2. Bildungs-Summit der Unternehmerverbände Niedersachsen	20
AUS DEN LÄNDERN	
<i>Bayern:</i> Bildungspolitische Themen im Fokus	24
<i>Hessen:</i> Zusätzliche Unterrichtsstunde im Fach Politik und Wirtschaft in der Jahrgangsstufe 6	25
<i>Nordrhein-Westfalen:</i> Demokratiebildung – wichtiger denn je	26
Schulrechtsänderungsgesetz: Ein enttäuschender Entwurf	27
<i>Rheinland-Pfalz:</i> Bildungsgerechtigkeit und Fortschritt	29
Michael Eich – Stellvertretender Landesvorsitzender	30
<i>Saarland:</i> VRB Saarland zur Forsa-Befragung zu Gewalt gegen Lehrkräfte	30
<i>Sachsen:</i> Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bildungsqualität	31
Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schulen – viele Wege führen zur Kooperation	34
<i>Sachsen-Anhalt:</i> Aktionsbündnis Schulsozialarbeit	36

NEUNTER ALTERSBERICHT	
Mehr Teilhabe für ältere Menschen.....	37
dbb Bundesseniorenvertretung: „Alter gehört als Diskriminierungsmerkmal ins Grundgesetz“	37
LICHT AN! DAMIT EINSAMKEIT NICHT KRANK MACHT	
Gegen soziale Isolation im Alter	38
TAGUNG DER VDR FRAUEN	
Transformation in Politik und Gesellschaft – Auswirkungen auf den Beruf	40
TIPPS, TERMINE VERANSTALTUNGEN	42
IMPRESSUM	43



40 Nicole Weiß-Urbach bedankt sich bei der Vorsitzenden der dbb bundesfrauen Milanie Kreutz

Anzeige



Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.



Von Beamten für Beamte gegründet,
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.

DebeKa

Versichern und Bausparen



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“

Schnelle Entscheidungen erwartet

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser,

Handy an der Schule – ja oder nein? KI – ja oder nein? Strengerer Umgang mit erkrankten Schülern – ja oder nein? Wehrunterricht an Schulen – ja oder nein? Quereinsteiger – ja oder nein?

Allein diese kleine beispielhafte Aufzählung macht die Vielfalt der aktuellen Fragestellungen und die damit verbundene Unsicherheit in Deutschlands Bildung deutlich.

Angesichts der internationalen und nationalen Krisen weiß man als Lehrkraft und als Schulleitung oft gar nicht mehr, welche dieser Fragestellungen überhaupt noch wichtig sind, welche zurücktreten oder welche ohnehin nicht gelöst werden können und womöglich im Fokus verschwinden.

Eines ist klar: Man kann sich als Bildungsverantwortliche, egal in welcher Stellung, ob als Lehrkraft, Schulleitung oder auch in der Politik, nicht auf einen Themenbereich konzentrieren und dabei die anderen ausblenden. Das eine bedingt häufig das andere. Die Herausforderungen werden nicht weniger und verlangen uns und der Gesellschaft viel ab. Umso wichtiger ist es, auch mal einen Schritt zurückzugehen und Sachverhalte neu zu betrachten.

Wir brauchen neue Impulse, müssen uns manchmal selbst neu erfinden und können nicht immer darauf warten, dass „oben“ etwas passiert. Da sind wir thematisch bei der Bundestagswahl und dem Richtungswechsel in der neuen Bundesregierung angelangt. Die Erwartungen an die neuen und alten Akteure sind immens. Und es ist klar, dass es keine 100 Tage Schonfrist geben wird. Erste politische Entscheidungen wurden bereits getroffen, ob zum Guten oder Schlechten, wird sich herausstellen. Alle hoffen auf Veränderung, einen Neuansatz, eine Kehrtwende. Wir werden abwarten müssen, wie es tatsächlich weitergehen wird. Mal ganz abgesehen davon, dass die Bildung von der Bundespolitik ohnehin nicht wesentlich geformt wird.

Bildung passiert immer noch in den Ländern, und dennoch warten alle auf die eine große Entscheidung, über die eine Abstimmung, die aus dem Bund kommen muss. Der Digitalpakt 2.0 steht in den Startlöchern und hofft auf eine endgültige Zusage. Er schwebt im Moment fast

wie ein Damoklesschwert über vielen Entwicklungen in der Digitalisierung an der Basis, an Schulen, bei den Sachaufwandsträgern, in der Kommunal- und Landespolitik. Leider liegen viele Zuwendungen und Zuschüsse brach, solange es keine verbindlichen Zusagen gibt. Die Schulen vor Ort benötigen jedoch dringend handlungsfähige Verantwortliche, um die Haushalte zu festigen und Anschaffungen beantragen zu können. Daher ist es unerlässlich, dass der Digitalpakt schnell und endlich ein fester Bestandteil im Bundeshaushalt wird. Dabei geht es ja nicht nur um Neuanschaffungen, sondern mittlerweile auch um Ersatzbeschaffungen. Was bei der Digitalisierung leider immer noch nicht geregelt wird, sind die Aufgaben einer ordentlichen Systembetreuung. Es kann nicht angehen, dass Schulen selbst für eine solche sorgen müssen und darauf hoffen müssen, dass es eine Lehrkraft gibt, die sie in die Hand nimmt.

Mit diesem Thema sind wir auch bei der Forderung von Verbänden, auch von Elternverbänden, die private Nutzung von Handys an Schulen, besser noch private Smartphones selbst an Schulen gar nicht mehr zuzulassen. Stattdessen sollen auch diese Endgeräte nach Möglichkeit zentral beschafft und von der Schule koordiniert, administriert, betreut und verwaltet werden. Diese Forderung zeigt einmal mehr eine doch recht unrealistische Einschätzung der Situation. Die Frage bleibt: Wer soll das leisten können? Sowohl finanziell als auch personell erscheinen solche Ideen eher unwahrscheinlich in der Umsetzung. Eine private Nutzung hat in der Tat grundsätzlich an der Schule nichts verloren. Eine Unterstützung durch Anordnungen seitens der Verantwortlichen erscheint mehr als sinnvoll.

So vielfältig die Probleme, so groß der Wunsch nach schnellen Fortschritten in der Politik.

Dass die öffentliche Hand mit zu den größten Akteuren in der Wirtschaft gehört, unterstreicht die Notwendigkeit einer schnellen Lösungsfindung. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen schnell verbessert werden, damit sich wieder etwas bewegt – unabhängig davon, ob es sich um den Bildungssektor, Infrastruktur oder Wirtschaftswachstum geht.

Ihre Waltraud Eder,
Chefredakteurin

EINBLICKE UND AUSBLICHE

Die Bundestagswahl und ihre Auswirkungen auf Bildung und Tarifverhandlungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland hat gewählt und unser Land befindet sich derzeit in einer Phase der Unsicherheit und Neuorientierung. Die Wahl hat gezeigt, wie zersplittert die Parteienlandschaft inzwischen ist und der Weg zu einer stabilen Regierung bleibt steinig. Insbesondere das Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl gibt Anlass zur Sorge – nicht nur um die politische Richtung, sondern auch um die Demokratie selbst. Diese Entwicklung stellt uns vor die Herausforderung, neue Strategien zu entwickeln, um populistischen Kräften und ihren gefährlichen Inhalten entschlossener entgegenzutreten. Es ist jetzt wichtiger denn je, als Gesellschaft zusammenzustehen und die Werte der Demokratie, der Freiheit und der Solidarität zu verteidigen.

Die neue Regierung steht vor großen Aufgaben und muss Ergebnisse liefern – nicht nur in der Wirtschafts- und Migrationspolitik, sondern insbesondere auch in der Bildungspolitik. Entscheidend ist, dass die neue Regierung die richtigen Prioritäten setzt und stabile, verlässliche Lösungen findet. 180-Grad-Wendungen oder das Verschieben von politischen Problemen werden nur dazu beitragen, die Parteien am rechten und linken Rand weiter zu stärken. Nur eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik kann dem entgegenwirken. Dieser Herausforderung müssen wir uns gemeinsam stellen – als Kolleginnen und Kollegen, als Gesellschaft und als Teil des öffentlichen Dienstes.

Die Herausforderungen bei der Regierungsbildung und die Unsicherheit über stabile Mehrheiten im Parlament deuten bereits auf eine ungewisse politische Zukunft hin. Der alte Bundestag hat in letzter Minute die finanziellen Mittel bereitgestellt, um die Verteidigung unseres Landes zu sichern und die Bundeswehr zu modernisieren – ein Thema, das uns als Gesellschaft weiter intensiv beschäftigen wird.

Die Ukraine braucht weiterhin unsere Unterstützung, und gerade Deutschlands Engagement bleibt unverzichtbar. In einer Zeit, in der die USA ein unsicherer Partner sind, muss Europa mehr Verantwortung übernehmen. Auch das Bildungssystem muss in diesem Zusammenhang stärker berücksichtigt werden. Wie stellt sich



Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

Deutschland diesen Herausforderungen? Ein zentraler Baustein sind Investitionen in unsere Bildungsinfrastruktur.

Das Sondervermögen Infrastruktur ist mit einer halben Milliarde Euro eine historische Investition. Von der Instandsetzung unserer Straßen, Schienen und Brücken bis hin zur dringend notwendigen Sanierung unserer Schulen wird dieses Geld hoffentlich dazu beitragen, unsere Bildungseinrichtungen auf einen besseren Stand zu bringen. Diese Investitionen sind aber nicht nur eine Frage der Infrastruktur, sondern auch der Generationengerechtigkeit.

Unsere Schülerinnen und Schüler müssen in Zukunft direkt von diesen Sanierungen profitieren – nicht nur durch bessere Lernbedingungen, sondern auch, weil sie es sind, die in Zukunft die Schulden zurückzahlen müssen, die heute für diese Maßnahmen aufgenommen werden. Entscheidend ist daher, dass diese Investitionen nicht nur als „Schönheitsreparaturen“, sondern als notwendige Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Bildung gesehen werden.

Ein weiteres Thema, das uns derzeit intensiv beschäftigt und auch in den kommenden Monaten eine zentrale Rolle spielen wird, sind die laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Auch wenn viele von uns an den Schulen nur indirekt von diesen Verhandlungen betroffen sind, so haben sie doch eine hohe Signalwirkung für die im Dezember 2025 beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Diese

Einkommensrunde betrifft wiederum dann auch die Beamten in den Ländern, da das Ergebnis der Tarifverhandlungen im TV-L in der Regel auf sie angewendet wird.

Die Tarifverhandlungen zum TVöD sind aktuell nicht nur ein Ringen um Gehaltsanpassungen. Sie stehen stellvertretend für das viel größere Thema der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Es geht um mehr als Zahlen – es geht darum, dass unser öffentlicher Dienst auch in Zukunft für die gesellschaftlichen Herausforderungen gut gerüstet ist. Die hohe Einsatzbereitschaft der Beschäftigten, ihre aktive Beteiligung an Protestaktionen und ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen müssen daher Gehör finden. Die Arbeitgeber müssen erkennen, dass sie nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft des öffentlichen Dienstes Verantwortung tragen.

Inzwischen haben die Schlichter einen Kompromissvorschlag vorgelegt: Eine zweistufige Erhöhung der Einkommen, beginnend mit drei Prozent ab April 2025 und weiteren 2,8 Prozent ab Mai 2026, sowie eine Erhöhung der Jahressonderzahlung. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir wissen auch, dass noch viele Details zu klären sind. Die Verhandlungen über den Schlichtungsvorschlag werden am 5. April 2025 fortgesetzt und wie lange diese Verhandlungen dauern werden, ist noch ungewiss. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes kann ich daher noch keine endgültige Lösung verkünden, aber eines ist sicher: Die Verhandlungen sind anspruchsvoll und der Ausgang ist offen.

In den kommenden Wochen wird sich nun zeigen, ob ein erfolgreicher Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD zustande kommt, der die Bildungspolitik angemessen berücksichtigt, sowie ob die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Ländern zu einem Ergebnis führen, das den öffentlichen Dienst zukunftsfähig macht.

Der VDR wird sich in beiden Bereichen weiterhin entschieden für Ihre Interessen einsetzen.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender VDR

didacta 2025

in Stuttgart: Bildung als Schlüssel für Demokratie und Zukunft

Vom 11. bis 15. Februar 2025 öffnete die didacta, Europas größte Bildungsmesse, in Stuttgart ihre Tore. Unter dem Leitthema „Demokratie braucht Bildung – Bildung braucht Demokratie“ versammelten sich über 60.000 Besucherinnen und Besucher, um über die Zukunft des Bildungswesens zu diskutieren und innovative Konzepte zu entdecken. Mit mehr als 1.800 Veranstaltungen und rund 700 ausstellenden Unternehmen war die Messe ein Zentrum des Austauschs, der Reflexion und der Inspiration für die Bildungsbranche.

Bildung und Demokratie: Untrennbar miteinander verbunden

Das zentrale Thema der didacta 2025 verdeutlichte die untrennbare Verbindung von Bildung und Demokratie. In einer Zeit, in der Gesellschaften zunehmend polarisiert werden, wurde deutlich, dass Demokratie nur mit einer starken Bildungsbasis gedeihen kann. Bildung vermittelt nicht nur Wissen, sondern auch die Fähigkeit, kritisch zu denken, Informationen zu hinterfragen und sich aktiv in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Diese Erkenntnis war in den zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionsforen spürbar.

Dr. Karin Broszat diskutiert im Panel „Leistungserfassung als Motivation“

*V.l.n.r. Dr. David Wawrzinek, Pressesprecher des Bayerischen Realschullehrerverbands,
Dr. Karin Broszat, Vorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg,
Ralf Neuschwender, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer*





Lehrkräfte und Fachleute nutzten die Messe, um sich über Konzepte zur Demokratieförderung in Schulen und Bildungseinrichtungen auszutauschen.

Digitale Medien und Nachhaltigkeit: Bildung für die Zukunft

Neben der Demokratieförderung wurden auch andere Themen von großer Relevanz für die Bildungslandschaft behandelt. Digitalisierung, Ganztagsbetreuung und Bildung für nachhaltige Entwicklung standen im Mittelpunkt zahlreicher Diskussionen. Das Kultusministerium Baden-Württemberg präsentierte mit seinem Gläsernen Klassenzimmer praxisorientierte Beispiele für den Umgang mit digitalen Medien im Unterricht und stellte Konzepte zur Sprachförderung und beruflichen Orientierung vor.

Besonders die digitale Transformation des Bildungssystems war ein zentrales Thema der Messe. In einer Welt, in der digitale Kompetenzen zunehmend gefragt sind, wurden praxisorientierte Lösungen vorgestellt, wie Technologie den Unterricht bereichern kann. Dabei ging es nicht nur um den Einsatz von Geräten, sondern auch um den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien und die Förderung von Medienkompetenz.

Ein weiteres Thema war die Bildung für nachhaltige Entwicklung. In Zeiten von Klimawandel und globaler Umweltkrise wurde diskutiert, wie Schulen und Bildungseinrichtungen junge Menschen dazu befähigen können, nachhaltige Entscheidungen zu treffen und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Politische Kontroversen und gesellschaftlicher Diskurs

Neben den fachlichen Diskussionen war die didacta 2025 auch von politischen Diskussionen geprägt. Die Teilnahme mehrerer politischer Parteien, darunter die CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP, aber auch die AfD an der Messe löste kontroverse Debatten aus. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der Didacta Verband e. V. bereits betont, dass er die Messe als Plattform für den Austausch aller Bildungsakteure sieht, jedoch auch eine klare Haltung gegenüber extremistischen und antidemokratischen Positionen einnimmt. Die Anwesenheit der AfD auf der Messe führte zu lautstarken Protesten, die den Anspruch unterstrichen, Bildung und Demokratie als zentrale Werte zu verteidigen.

Publizistin Marina Weisband lehnt die Auszeichnung zur Didacta-Bildungsbotschafterin vor Ort ab



Ralf Neuschwender im entspannten Austausch mit Dr. Sven Mohr, dem Bundesvorsitzenden des BvLB – Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung



RLV BW und VDR am gemeinsamen Messestand

Foto: VDR

Foto: VDR

Foto: VDR



Foto: Landesmesse Stuttgart GmbH & Co. KG

Gläsernes Klassenzimmer
des Ministeriums für Kultus,
Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

Bildungsexpertinnen, darunter Marina Weisband, die ihre Ehrung als „didacta-Bildungsbotschafterin“ zurückwies, sprachen sich gegen eine Plattform für eine Partei aus, deren Programmatik im Widerspruch zu den Idealen einer demokratischen Bildung steht. Der VDR hatte sich im Vorfeld der Messe gemeinsam mit dem Realschullehrerverband Baden-Württemberg mit einem Schreiben an den Vorstand des Didacta Verbands gewendet, um sein Befremden auszudrücken, aber auch Konsequenzen für die Zukunft einzufordern. Nach Meinung des VDR soll eine Fachmesse wie die didacta grundsätzlich keine Stände von Parteien zulassen.

Panels zur Demokratiebildung

Demokratiebildung war ein Thema, das in verschiedenen Formaten und Panels stattfand. Ralf Neugschwender, der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer, nahm am Panel zum Thema „Demokratie braucht Bildung: Welchen Beitrag können Schulen bei der Demokratiebildung leisten?“ teil. In seinem Beitrag stellte er klar, dass Demokratiebildung in den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen von zentraler Bedeutung ist. Besonders angesichts des Krieges in der Ukraine und der geopolitischen Spannungen im Nahen Osten sei es wichtiger denn je, junge Menschen zu befähigen, demokratische Werte zu verstehen und aktiv zu vertreten.

Neugschwender betonte, dass Schulen als Orte der Orientierung eine wichtige Rolle spielen, um junge Menschen zu stärken und ihnen die Werkzeuge zu vermitteln, gegen Antisemitismus, Extremismus und

*Links: Bildungspolitischer Talk mit Kultusministerin Theresa Schopper, Journalistin Natalie Amiri und dem Präsidenten des Didacta Verbands Dr. Theodor Niehaus bei der Eröffnungsveranstaltung
Mitte: Ralf Neugschwender im Austausch mit Andreas Sturm MdL, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Martina Scherer, Vorsitzende des Philologenverbands Baden-Württemberg – rechts: Blick in den Saal der Eröffnungsveranstaltung*



Foto: VDR



Foto: VDR



Foto: Landesmesse Stuttgart GmbH & Co. KG

Desinformation aufzutreten. Er verwies auf die Ergebnisse der aktuellen Shell-Jugendstudie, nach der 81 Prozent der Jugendlichen einen Krieg in Europa befürchten, was ein deutliches Signal dafür sei, ihre Ängste ernst zu nehmen und durch Bildung ein starkes Fundament für Demokratie und Frieden zu schaffen. Demokratiebildung müsse nicht nur Wissen über rechtsstaatliche Grundsätze und demokratische Institutionen vermitteln, sondern den Schülerinnen und Schülern auch direkte Erfahrungen mit demokratischen Prozessen ermöglichen, um die Theorie in die Praxis umzusetzen.

Besonders wichtig sei es, Beteiligungsformate wie Schulparlamente oder Planspiele im Unterricht zu stärken. In diesen Formaten können junge Menschen Selbstwirksamkeit erfahren und lernen, dass Demokratie auf Kompromissen und gemeinsamer Lösungssuche basiert. Neugschwender hob hervor, dass Demokratiebildung auch aktive Teilnahme und Verantwortung umfasst – und diese Erlebnisse in der Schule den Grundstein für eine engagierte, mündige Gesellschaft legen.

Auch Schulleiterin Waltraud Eder beteiligte sich an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratiebildung und -erziehung in der Schule“. Sie betonte, dass Demokratiebildung nicht durch gelegentliche Maßnahmen erreicht werden könne, sondern systematisch gefördert, in den Schulalltag integriert und aktiv gelebt werden müsse. Ein großes Problem sei die begrenzte Zeit im Schulalltag, da der volle Lehrplan und der anhaltende Fachkräftemangel politische Bildung erschweren. In Bayern wurde daher die sogenannte Verfassungsviertelstunde eingeführt – eine Maßnahme, die Eder zwar begrüßte, jedoch als nicht ausreichend bewertete, um Demokratiebildung nachhaltig zu etablieren.

Besonders wichtig sei die Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler, um Demokratie erlebbar zu machen. Eder berichtete von erfolgreichen Projekten an ihrer Schule, wie etwa der Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Wertebotschaftern und der Gründung einer Werte-AG. Diese Initiativen, die aktiv von den Schülerinnen und Schülern getragen werden, zeigen, wie wichtig es ist, Demokratie als festen Bestandteil des Schulalltags zu verankern und zu leben. Darüber hinaus hob Eder hervor, dass engagierte Eltern einen positiven Einfluss auf die demokratische Entwicklung ihrer Kinder haben und eine wichtige Rolle in der Demokratiebildung spielen. Daher sei eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus unerlässlich.

Leistungserfassung als Motivation in der Schule

Dass auch im Kontext der „Leistungserfassung“ ein guter Austausch zwischen Eltern und Schule nötig ist, war eine Quintessenz im Panel „Begeisterung wecken und Potentiale entfalten: Leistungserfassung als Motivation“, an dem die Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg, Dr. Karin Broszat, teilnahm. Inhaltlich ging es um die unterschiedlichen Formen der Leistungserfassung, sei es durch Noten, angekündigte oder



Oben: Andreas Kuhn, stv. Landesvorsitzender des RLV BW, Martina Scherer, Vorsitzende des PhV BW und VDR-Vorsitzender Ralf Neugschwender im Austausch mit Alena Fink-Trauschel und Dennis Birnstock von der FDP-Landtagsfraktion – **Mitte:** Bei der Verleihung des Didacta Start-up-Preises – **unten:** Ralf Neugschwender im Austausch mit Carolin Aschemeier aus dem Vorstand des Didacta Verbands



Foto: VDR

Foto: VDR

Foto: VDR



Ralf Neugschwender und Andreas Hofmann von mobile.schule



Rundgang auf der Messe

unangekündigte Prüfungen oder digitale Formate. Die Diskussion um den „Stressor“ Leistungserfassung ist ein Dauerthema, aber es wurde auch die Möglichkeit erörtert, dass Leistungserfassung als Motivator wirken kann. Es wurde deutlich, dass es neben der traditionellen schriftlichen und mündlichen Abfrage von Wissen auch zeitgemäße Formate gibt, um Lernerfolge zu dokumentieren und Kompetenzen zu messen.

Dr. Karin Broszat betonte, dass Noten auch künftig ein wichtiger Bestandteil der Schule bleiben werden. Sie erklärte, dass Noten nicht nur eine quantifizierbare Rückmeldung zum Lernstand der Schülerinnen und Schüler bieten, sondern auch als Motivation dienen können. Wichtig sei es jedoch, Leistungserfassung so zu gestalten, dass sie nicht nur als Stressfaktor, sondern als hilfreiches Instrument zur Reflexion und Weiterentwicklung des Lernprozesses wahrgenommen wird. Zudem hob sie hervor, dass die Einbindung der Eltern in die Leistungsbewertung eine transparente und ganzheitliche Förderung der Schülerinnen und Schüler unterstützt.

Fazit: Die didacta 2025 als Impulsgeber für die Zukunft

Die didacta 2025 war ein lebendiger Ort des Austauschs und der Reflexion über die Zukunft der Bildung. Das Leitthema „Demokratie braucht Bildung – Bildung braucht Demokratie“ zog sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung und erinnerte an die zentrale Rolle, die Bildung für die Stärkung demokratischer Werte spielt. Die Diskussionen über digitale Medien, Nachhaltigkeit und Inklusion gaben wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Bildungssystems.

In einer Zeit, in der politische und gesellschaftliche Herausforderungen die Grundwerte der Demokratie auf die Probe stellen, ist es entscheidend, in Bildung

zu investieren und diese als Schlüssel zur Sicherung einer demokratischen Zukunft zu begreifen. Die didacta 2025 hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir gemeinsam an einer Bildung arbeiten, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Werte wie Toleranz, Respekt und Demokratie lebendig werden lässt.

Die nächste didacta wird vom 10. bis 14. März 2026 in Köln stattfinden. Auch dort wird es wieder spannende Einblicke in die Zukunft der Bildung und den Dialog über die Rolle von Bildung in einer demokratischen Gesellschaft geben.

Ralf Neugschwender

Ralf Neugschwender im Panel „Demokratie braucht Bildung“



Die didacta Bildungsmesse 2025 Impulse, Innovationen und Inspiration für Schule und Unterricht



Schulleiterin Waltraud Eder im Panel „Demokratiebildung und -erziehung in der Schule“



Eine kritische Betrachtung der **didacta 2025** in Stuttgart

Ein Kommentar von Bernd Bischoff, stv. Bundesvorsitzender des VDR

Die didacta ist Jahr für Jahr *der* Treffpunkt und Informationsort für die Bildungsakteure in Deutschland. Der Autor war – wie auch bereits früher in Stuttgart – auf der didacta 2025 in verschiedenen Rollen unterwegs: Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des VDR, Realschulkonrektor und Lehrer für die Fächer Mathematik, Physik und IT. Während für den Verband und die Verbandstätigkeit die Messe didacta wichtig ist und in den verschiedenen Panels Themen gesetzt, diskutiert und Standpunkte vertreten werden konnten, möchte ich mich in diesem Kommentar zu didacta ausschließlich auf meine Sichtweise als Lehrkraft konzentrieren.

Während wir vor zwei Jahren auf dem Nachhauseweg von Stuttgart nach Bayern viele Ideen diskutierten, Überlegungen angestellt hatten und voller Tatendrang waren, so hat sich in diesem Jahr die Heimfahrt geändert: Enttäuschung, Frustration, vielleicht auch etwas Perspektivlosigkeit machte sich breit. Doch was könnten die Gründe sein?

ORGANISATION

Die Organisation war – wie in jedem Jahr – sehr gut, die Anreise unproblematisch, das Parkhaus ist und bleibt teuer, die Stände waren gut verteilt, die App hat funktioniert. Soweit also alles bestens. Auch die Kritik, dass nach Corona nicht mehr alle Verlage vertreten waren, ist hinfällig. Alle großen und kleinen Verlage und Startups in der Bildungsbranche waren vertreten, die Stände waren groß, übersichtlich und strukturiert. Und auch die Teilnahme einer politischen Partei an der Messe, die im Vorfeld heftige Reaktionen im gesamten Land hervorgerufen hat, konnte die Stimmung nicht trüben. In diesem Jahr habe ich die Ecke mit den Parteien erstmalig bewusst wahrgenommen und musste feststellen, dass die gemietete Fläche zur erzeugten Aufmerksamkeit leider in einem eklatanten Missverhältnis stand. Die Mitgliedsunternehmen und -verbände im didacta-Verband sowie die anderen Aussteller sollten sich für die Zukunft ein paar Gedanken machen.

THEMEN, INHALTE UND ZUKUNFTSVISIONEN FEHLEN – IN ZWEI JAHREN NICHTS PASSIERT

Also zu den Themen, die eine Lehrkraft antreiben: In welche Richtung entwickelt sich Unterricht? Gibt es neue Ansatzpunkte? Was ist mit digitalen Büchern? Inwieweit hält die Künstliche Intelligenz Einzug in die Pädagogik und Didaktik, in die Schulbücher oder (digitalen) Arbeitshefte? Inwieweit kann KI auch für individuelles Lernen oder Feedback eingesetzt werden? Mit diesen Fragen und voller Enthusiasmus im Gepäck machte man sich auf Entdeckungstour und findet ... wenig! Und die Beispiele sind leider vielfältig:

- An jeder Ecke sollen LaserCutter, 3D-Drucker, Greenscreens oder VR-Brillen als Teile eines MakerSpaces Einzug in die Schule finden. Doch Einsatzmöglichkeiten, Unterrichtsbeispiele oder allein ein Selbstlernkurs für einen Maschinenführerschein, um Schüler in Zukunft allein (unter Aufsicht) an die Geräte zu lassen, findet man nicht. Nicht einmal am Stand des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg, das schon seit Jahren mit einem mobilen MakerSpace durch die Schulen im Ländle ziehen, gibt es brauchbare und einsatzbereite Anleitungen.
- Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hatte auch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Bundesamt für die Si-

cherheit in der nuklearen Entsorgung einen unfassbar großen Stand auf der didacta. Mit dabei – wieder – die VR-Brillen mit einer Anwendung zur Endlagersuche. Bereits vor zwei Jahren war die Anwendung (fast) fertig. Ob die Inhalte den Schulen, insbesondere den Physiklehrkräften zur Verfügung gestellt werden würde, war 2023 noch nicht klar. Und heute? Die mit Steuergeldern programmierte Anwendung für die VR-Brillen wird den Schulen nicht zur Verfügung gestellt. Also auch hier Fehlanzeige!

- Digitale Lehrwerke sollen – der Meinung des Autors – nicht nur digitalisierte PDFs sein. Dazu hätten wir bereits vor Jahren einfach Handyfotos von Buchseiten machen können. Das ist zu wenig. Digitale Bücher sollen sich dem Unterricht, dem Lernweg des Schülers und den Anforderungen der Lehrkraft verändern können, insbesondere in Mathematik oder den Naturwissenschaften könnten sich Aufgaben und damit Graphen und Zeichnungen verändern, Modelle angepasst, gedreht und von allen Seiten betrachtet werden können. Bereits vor zwei Jahren gingen wir mit diesem Wunsch über die didacta. Und 2025? Immer noch Fehlanzeige. Doch woran scheitern sich anpassende Bücher? Vielleicht an mangelndem Mut der Verlage? Vielleicht aber auch an den Kriterien, die von den Kultus- und Bildungsministerien an ein Schulbuch gelegt werden, mit Gutachten und Genehmigungsverfahren?
- Die KI als Gamechanger? So viele Aufgaben könnte die KI in der Schule abnehmen und dabei helfen, die – durch die von einer ideologiebehafteten Vision von Bildungsgerechtigkeit fehlgeleiteten Bildungspolitik und der daraus folgenden Zusammenlegung von Schularten und Abschaffung von verbindlichen Übertrittsvoraussetzungen – unterschiedlichsten Bildungsniveaus in den Griff zu bekommen. Zum einen wäre individuelles Lernen möglich – sofern noch eine Bereitschaft zum Lernen besteht – zum anderen würde KI-generiertes Feedback – wie es die bayerische Realschulstiftung in einer wissenschaftlich fundierten Studie nachgewiesen hat – den Schülerinnen und Schülern zu mehr Durchhaltevermögen und Biss verhelfen. Und auf der didacta? Ein paar winzige Gehversuche mit KI scheint es zu geben, vielleicht sind Visionen vorhanden, aber bitte nicht zu viel?

Die Liste ließe sich noch verlängern und als Lehrkraft fragt man sich nach zwei Tagen auf der didacta, was bleibt und was kommen wird. Viel zu oft habe ich gehört: ‚Sie sind aus Bayern? Das können Sie aus dem KI-Budget bezahlen!‘ (Anm.: Pro Schüler steht jeder weiterführenden Schule in Bayern im Schuljahr 2024/25 ein Budget von 10,38 € für Anwendungen zur Verfügung). Geht es nur noch darum, möglichst viel Geld aus den verschiedensten Programmen für die Schulen zu holen? Der Eindruck drängt sich auf, wenn man den immersiven Holzkasten mit 12 m² Grundfläche eines Möbelherstellers betrachtet: Ein mittlerer fünfstelliger Betrag für aktuell acht (!) Inhalte in deutscher Sprache? Soll das die Zukunft sein?

STRUKTUREN GEHEN VERLOREN

Wer an der Schule die Diskussion um die Einführung eines neuen Schulbuches mitverfolgt hat oder – noch schlimmer – von einer Jahrgangsstufe auf die nächste das Lehrwerk tauscht, weiß, welche großen Einschnitte das mit sich bringt. Wie Lehrkräfte sich auf das neue Buch einstellen und Unterricht anpassen müssen. Bis die Umstellung gelungen ist, bis die Leistungsnachweise und Unterrichte passen, vergeht einiges an Zeit. Doch jetzt versuchen wir mit viel Geld immer wieder etwas Neues auszuprobieren. Jedes Jahr ein neues Tool, weil der Funktionsumfang nicht ausreicht, man damit nicht so klargekommen ist, oder einfach nur an eine andere Schule wechselt und dort ganz andere Tools in Gebrauch sind. Da eine große Lösung fehlt, gibt es immer nur kleine Teillösungen und damit zerfleddern die Strukturen an den Schulen. Irgendwann werden wir nur noch Passwörter zurücksetzen und versuchen, uns in neue Tools einzuarbeiten und Unterricht anzupassen. Die Schüler werden nicht mehr wissen, welches Fach in welchem Online-Tool die Hausaufgabe gestellt hat, wo gerade gearbeitet wird und wir werden wie die Schweden alles wieder in die Tonne treten.

VIELE WÜNSCHE AN DIE AKTEURE

Das darf aber nicht unser Ziel sein. Digitale Tools müssen genauso selbstverständlich genutzt werden, wie das Buch, die Tafel, die Kopierer und die Overheadprojektoren. Sie sind nur zusätzliche Werkzeuge, die Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrerinnen und Lehrern helfen können, effektiver, individueller und erfolgreicher zu lernen und zu lehren. Dazu müssen wir uns aber auf die Kernkompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer besinnen: Wir sind die Profis, wir wissen, was für unsere Schülerinnen und Schüler gut ist, wir machen unseren Unterricht – und auch unser Material! Dazu müssen wir vom Einzelkämpferdasein wegkommen und zusammenarbeiten und Material teilen.

An die Bildungsunternehmen ergeht der Wunsch: Seid mutig! Traut euch, neue Wege zu gehen und holt euch die Expertise von Verbänden und Schulen in die Verlagsarbeit. Wir kennen die Kolleginnen und Kollegen, die bereits mutig sind, Neues auszuprobieren, vielleicht auch schon mal gescheitert und trotzdem wieder aufgestanden sind. Sie kennen die pädagogischen Hürden und Herausforderungen und haben Visionen von Lösungen.

Aber auch an die Bildungs- und Kultusministerien richte ich einen Wunsch: Arbeitet an der großen Lösung. Holt euch erfolgversprechende Anbieter von kleineren Insellösungen als Landeslizenz in die Lernplattformen der Länder. Bei der großen Lösung sollte nicht vergessen werden, dass auch kleine Bausteine möglich sind: Wir Lehrer sind die Profis – warum nicht einmal Lehrer als Autoren für Unterrichtsinhalte für die Lernplattform bezahlen – ähnlich, wie das die Verlage mit ihren Autoren machen?

Ich bin gespannt, was sich bis zur didacta 2027 in Stuttgart verändert haben wird. ■



V.l.n.r.: Martina Scherer, Vorsitzende des PhV BW, Gerlinde Kohl, KEG-Bundesvorsitzende, Dr. Karin Broszat, Vorsitzende des RLV BW, Ralf Neugschwender, VDR-Bundesvorsitzender, Stefan Düll, DL-Präsident, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPhV, Pankraz Männlein, Bundesvorsitzender des BvLB, Dominik Berdin, DL-Schatzmeister

Foto: VDR

Deutscher Lehrerverband: Fokus auf die Zukunft der Realschule und den Digitalpakt 2.0

Der zweite Tag der didacta-Messe 2025 in Stuttgart war stark geprägt von der Arbeit des Deutschen Lehrerverbandes (DL). Neben der regulären Präsidiumssitzung fand eine Pressekonferenz statt, die sich mit der Zukunft der Realschule in Baden-Württemberg auseinandersetzte. Ein weiteres zentrales Thema war die weiterhin unsichere Umsetzung des Digitalpakts 2.0 auf Bundesebene.

Der DL fordert eine kontinuierliche Finanzierung des Digitalpakts und bedauert, dass klare Signale zu diesem Thema im Vorfeld der Bundestagswahl ausblieben. Insbesondere kritisieren die Lehrerverbände, dass Bildung im Bundestagswahlkampf kaum eine Rolle spielte, ob-

wohl sie einen entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit des Landes darstellt.

Besonders erfreulich ist die Unterstützung, die der VDR und der Realschullehrerverband Baden-Württemberg von Seiten aller DL-Verbände fand. So bekräftigten der Bundes- und Landesverband des Philologenverbands, der Berufsschullehrerverband im Bund sowie die KEG Bund ihre Solidarität mit den Zielen, das differenzierte Schulsystem zu stärken und eine verbindliche Grundschulempfehlung für alle Schularten in Baden-Württemberg einzuführen. (Lesen Sie ab Seite 15 die Pressemitteilung des DL.)

Deutschlandfunk: „Campus & Karriere“

Die Grundschulempfehlung – Ein ewiger Streit um die Verbindlichkeit

Die Grundschulempfehlung ist und bleibt ein zentrales Thema der deutschen Bildungsdebatte. Seit Jahren wird darüber gestritten, ob sie als verbindliche Vorgabe oder als Orientierungshilfe für den weiteren Bildungsweg eines Kindes fungieren sollte. In diesem Zusammenhang hat sich Ralf Neugschwender, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), kürzlich in der Sendung „Campus & Karriere“ des Deutschlandfunks zu Wort gemeldet, um die Haltung des VDR zu diesem Thema klarzustellen.

Neugschwender bekräftigte in der Sendung, dass der VDR grundsätzlich zur verbindlichen Grundschulempfehlung steht. Aus seiner Sicht stellt die verbindliche Empfehlung ein wichtiges Instrument dar, das den Eltern klare und verlässliche Orientierung bietet, um den Übergang zur weiterführenden Schule zu gestalten.

Ein weiterer zentraler Punkt, den Neugschwender in der Sendung hervorhob, war das Thema des richtigen Lernniveaus. „Es ist entscheidend, dass die weiterführende Schule weder über- noch unterfordert“,

so der VDR-Vorsitzende. Laut Bildungsforscher John Hattie muss das Lernniveau sowohl erreichbar als auch herausfordernd sein, um Schülern sowohl die Chance auf Erfolg zu geben als auch Frustration zu vermeiden. Dieses Prinzip ist von zentraler Bedeutung, um die individuelle Entwicklung der Schüler optimal zu fördern.

Ein besonders wichtiger Aspekt für Neugschwender ist die Situation in Baden-Württemberg, wo die Bildungsreform der Landesregierung den Wegfall des Werkrealschulabschlusses zur Folge hatte. Der VDR-Vorsitzende fordert hier dringend Nachbesserungen und eine verbindliche Regelung für den Übergang zur Realschule, ähnlich wie für das Gymnasium. Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg hat hierzu einen Volksantrag gestartet, der rund 40.000 Unterschriften benötigt, damit das Thema erneut im Landtag von Stuttgart verhandelt wird.

Darüber hinaus plädiert Neugschwender für eine stärkere gesellschaftliche Aner-

kennung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. Der VDR setzt sich dafür ein, die mittlere Reife und die duale Ausbildung ebenso wertzuschätzen wie den Weg über das Abitur. Diese Bildungswege bieten den Schülern ausgezeichnete berufliche Perspektiven und sind ein zentraler Bestandteil einer erfolgreichen Bildungs- und Berufslaufbahn.

Ein weiteres wichtiges Anliegen des VDR ist die Leistungsgerechtigkeit im Bildungssystem. Es muss gewährleistet werden, dass die Leistungen der Schüler unabhängig von der Unterstützung durch das Elternhaus fair bewertet werden. Nur so kann eine gerechte Chancengerechtigkeit im Bildungssystem erreicht werden, die allen Kindern und Jugendlichen vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Abschließend betonte Neugschwender, dass nur eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus zu den besten Ergebnissen für jedes Kind führen kann. Die verbindliche Grundschulempfehlung spielt dabei eine zentrale Rolle, um die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit im Bildungssystem zu fördern.

Für alle, die sich intensiver für die Thematik interessieren, steht die vollständige Sendung „Campus & Karriere“ des Deutschlandfunks zur Verfügung. In dieser Sendung, in der neben Ralf Neugschwender auch Dr. Mira Fischer, Bildungsökonomin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, und Aline Sommer-Noack, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats, zu Wort kamen, werden die verschiedenen Perspektiven zu diesem Thema umfassend beleuchtet.

Die Sendung ist über den QR-Code nachzuhören:



Sie wohnen in Baden-Württemberg und wollen den Volksantrag des RLV BW unterstützen:

<https://www.rlv-bw.de/volksantrag-2024>



Pressemitteilung vom 12. Februar 2025

Deutscher Lehrerverband auf der didacta 2025

Leistung fordern, Realschulen stärken, Digitalpakt 2.0 sichern

DL-Bundesverbände und baden-württembergische Landesverbände setzen sich für die verbindliche Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg für alle Schularten ein und fordern die möglichen künftigen Regierungsparteien im Bundestagswahlkampf auf, für eine schnelle Umsetzung des Digitalpakts 2.0 zu sorgen.

„Wir haben an Deutschlands Schulen ein Leistungsproblem – immer bessere Noten und Abschlüsse, aber sinkende Ansprüche und auch viele Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards bei Leistungsvergleichsstudien nicht erreichen. Wir müssen unseren Schülerinnen und Schülern auch etwas zumuten und abverlangen! Dann können sie ihre Neigungen und Talente im Bildungsverlauf wirklich entfalten!“, betonte Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), auf der didacta 2025 zum Auftakt des heutigen Pressegesprächs. „In diesem Kontext ist auch die verbindliche Übertrittsempfehlung zu sehen.“ Gemeinsam mit dem DL-Bundesverbänden DPhV, VDR, BvLB und KEG und den beiden baden-württembergischen Landesverbänden RLV BW und PhV BW stellte er sich den Fragen der Medienvertreter.

Realschulen stärken

Dr. Karin Broszat, Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg, stellte den Volksantrag in Baden-Württemberg „Nicht ohne unsere Realschulen“ vor, den ihr Verband im November initiiert hatte: „Wir fordern eine verbindliche Übertrittsregelung für die Realschulen! Das kürzlich verabschiedete Schulgesetz in Baden-Württemberg sieht das hingegen nur für die Gymnasien vor. Eine Verbindlichkeit für die Realschulen regelt gleichzeitig auch den Zugang zu den Hauptschulen und Werkrealschulen, gilt somit für alle Schularten und sichert ihre Existenz und Eigenständigkeit in einem leistungsgerechten gegliederten Schulsystem.“ Die Unterschriftensammlung für den



Volksantrag läuft, bei einer Zahl von 40.000 Unterschriften muss sich der Landtag mit dem Anliegen beschäftigen. „Neben Verbänden, Parteien, Institutionen, den Lehrkräften und Eltern an den unterschiedlichen Schularten unterstützen uns gerade auch die ehemaligen Schülerinnen und Schüler der Realschule und ihre Netzwerke in Handwerk, Industrie und Dienstleistungsbetrieben bei der Sammlung der Unterschriften“, berichtete Dr. Broszat.

Ralf Neugschwender, Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer VDR ergänzte: „Die Realschule ist ein Erfolgsmodell – und das soll so bleiben. Unser Volksantrag gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Chance, die drohende Abwertung dieser bewährten Schulart zu verhindern. Eine eigenständige Realschule mit verbindlicher Grundschulpflicht ist entscheidend für starke Abschlüsse und eine erfolgreiche Zukunft. Handwerk, Industrie und Verwaltung setzen auf gut ausgebildete Realschulabsolventen – Baden-Württemberg darf dieses Fundament nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.“

Martina Scherer, Landesvorsitzende des Philologenverbands Baden-Württemberg, unterstützte das Anliegen des RLV BW aus der Perspektive der Gymnasiallehrkräfte: „Wir setzen uns ein für ein differenziertes Schulsystem, unserer Meinung nach soll es für jeden die passende Schulart geben, das spiegelt auch die Vielfalt in unserer Gesellschaft wider. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht scheitern, weil sie an der für sie falschen Schulart sind. Mit der Durchlässigkeit des Schulsystems sind die Wege in alle Richtungen offen und fördern die Chancengleichheit für alle und fördern die Bildungsgerechtigkeit.“

Digitalpakt 2.0 sichern

Hinsichtlich des laufenden Bundestagswahlkampfes lenkte DL-Präsident Düll den Blick auf den Bund und seine Verantwortung beim Digitalpakt 2.0: „Die Bildung und ihre Finanzierung darf nicht aus dem Blick verloren werden – ein Jahr wurde schon verloren, nichts ist wirklich geschehen! Der Digitalpakt bis 2024 bedeutete eine dringend benötigte finanzielle Unterstützung der digitalen Entwicklung der Schulen – umso stärker spüren die Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler jetzt die Lücke, die dadurch entsteht, dass es bisher keine Anschlussfinanzierung durch einen Digitalpakt 2.0 gibt. Geräte ersetzen, Programme und Lizenzen

erneuern, KI einführen, Weiterbildungen anbieten – das alles muss finanziert werden“, zählte DL-Präsident Stefan Düll auf. „Im Dezember haben Bundesbildungsminister Cem Özdemir und die Bildungsministerkonferenz sich auf vorläufige Eckpunkte für einen Digitalpakt 2.0 geeinigt. Wir fordern die künftige Bundesregierung sowie die Regierungen der Länder auf, nach der Wahl sich nicht wieder erneut in langwierigen Verhandlungen zu verlieren, sondern die beschlossene Finanzierung zügig umzusetzen! Agilität in der Entwicklung, Stillstand in der Finanzierung – das passt nicht zusammen!“

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbands DPhV, hob hervor: „Dass die Verhandlungen über die Fortsetzung des bis Anfang 2024 gelaufenen ersten Digitalpakts auch Anfang 2025 noch nicht beendet sind, zeigt zwei ganz zentrale Probleme auf: Zum einen, dass die politischen Entscheidungsträger grundsätzlich viel zu lange benötigten, dieses wichtige Maßnahmenpaket in eine beschlussfähige Form zu bringen. Zum anderen ist das Konstrukt eines immer wieder nur befristet laufenden Digitalpakts zu hinterfragen. Wir brauchen einen stetigen Mittelfluss für kluge digitale Investitionen, Administration und Instandhaltungen, damit die Schulen zumindest mittelfristig gut planen können. Nur so kann die Politik glaubhaft vermitteln, dass sie es mit einer verantwortungsbewussten digitalen Unterstützung ernst meint.“

„Digitalisierung der Bildung ist ein, wenn nicht das Zukunftsthema von Schule“, unterstrich Pankraz Männlein vom Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung BvLB. „Wegen ihrer Nähe zum Beschäftigungssystem und als Partner in der dualen Berufsausbildung sind die beruflichen Schulen vom technologischen und wirtschaftlichen Wandel durch die Digitalisierung besonders und unmittelbar berührt. Ohne die neueste digitale Ausstattung an den beruflichen Schulen geht es nicht – Berufe werden immer noch digitaler; darauf müssen berufliche Schulen vorbereiten.“

KEG-Bundesvorsitzende Gerlinde Kohl bekräftigte: „Komplexe digitale Werkzeuge bieten unzählige Möglichkeiten zur Gestaltung von Zukunft und haben tiefgreifende Auswirkungen auf verschiedene Aspekte unseres Lebens. Um an der digitalen Gesellschaft teilzuhaben sowie sie mitzugestalten ist eine gut ausgebaute digitale Bildungsinfrastruktur für die KEG unerlässlich.“ ■

1
2
3

FRAGEN AN

UDO MICHALLIK



Foto: Jens Oellersmann

1. Herr Michallik, seit 2011 sind Sie Generalsekretär der Kultusministerkonferenz KMK. Wie würden Sie die Stellenbeschreibung dafür formulieren?

Umfassendes Überblickswissen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur, politische Erfahrungen in diesen drei Bereichen, Koordinationsverständnis und -geschick, Kommunikationsfähigkeit und Entscheidungsfreude. Teamfähigkeit wird als Selbstverständlichkeit ohnehin vorausgesetzt. Das ist der politische Akteur Generalsekretär, als Behördenleiter des Sekretariates natürlich ein klarer Führungskompass, um eine wachsende Behörde mit zwei Standorten in Berlin und Bonn zusammenzuhalten und als Dienstleister für die Länder beständig weiterzuentwickeln.

2. Es gab eine Umbenennung in den einzelnen Gremien. Was ist jetzt was und weshalb brauchte es diese strukturelle Veränderung?

Die KMK hat sich in ihren Bestandteilen neu organisiert. Nunmehr gibt es seit dem 1. Januar 2025 eine Bildungsministerkonferenz, eine Wissenschaftsministerkonferenz und seit 13. März 2019 bereits eine Kulturministerkonferenz, alle unter dem Dach der Kultusministerkonferenz. Die komplexen Herausforderungen in allen drei Bereichen und die Entwicklung der Ressortverantwortung in den Ländern hat diese Veränderungen notwendig gemacht. Damit gelingt es jetzt jeder Konferenz, sich stärker auf ihren jeweiligen Bereich zu fokussieren. In dieser Struktur ist es vor allem für die Wissenschaftspolitik der Länder wichtig, aus dem Schatten der Schulpolitik herauszutreten. Die Wissenschafts-MK sieht in der Neustrukturierung der Kultusministerkonferenz die Chance, die Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in ganz Deutschland weiter zu erhöhen. In einer zunehmend komplexer werdenden Welt betonen wir die entscheidende Bedeutung von Hochschulen und außeruniversitärer Wissenschaft für gesellschaftlichen Fortschritt und Aufklä-

rung, für Wohlstand und nachhaltige und innovative wirtschaftliche Dynamik und für die Resilienz unserer Demokratie in einem weltoffenen Land.

3. Die Präsidentschaft in der BMK und in den anderen Gremien wechselt jährlich. Hat das Einfluss auf die Arbeitsweise und Effektivität?

Die Ministerinnen und Minister aller Einzelkonferenzen haben sich dafür entschieden, den jährlichen Wechsel beizubehalten. Sorgsam wurden Vor- und Nachteile dieses Modells und mögliche Alternativen abgewogen. Schlussendlich war ausschlaggebend, dass die umfassende Verantwortung für den jeweiligen Geschäftsbereich im eigenen Land gepaart mit der Präsidentschaft in einer der Einzelkonferenzen der KMK eine erhebliche Belastung darstellt. Die Vielzahl an koordinierenden Aufgaben, die Vertretung der Ländergemeinschaft gegenüber dem Bund, international und bei Gewerkschaften, Verbänden und Interessengruppen sprachen gegen längere Amtszeiten. Insofern wurde die Effizienz bei der Arbeitsweise und Arbeitsteilung in den maßgeblichen Gremien der Bildungsministerkonferenz optimiert, nicht zuletzt durch eine maßgebliche Reduzierung der Gremienzahl und einer noch nicht abgeschlossenen Fokussierung auf zentrale Elemente der Zusammenarbeit der Länder in der Bildungspolitik. Denn, die KMK ist kein Bundesbildungsministerium, sondern eine Institution der Zusammenarbeit der Länder in zentralen Fragen der Bildungspolitik, um Mobilität, Anerkennung und Vergleichbarkeit in Deutschland sicherzustellen. Nicht alle bildungspolitischen Fragestellungen bedürfen daher einer gesamtdeutschen Koordinierung. Daher ist es auch eine Frage von Effektivität und Effizienz, wenn sich dieses Gremium wieder stärker auf den Kern ihrer Aufgaben konzentriert.

Die Fragen stellte Waltraud Eder

ENGAGEMENT FÜR DIE DEMOKRATIE:



Foto: Hannes Schmidt

Im Rahmen der Veröffentlichung des Policy Papers am 1. Februar 2025 in der Urania in Berlin setzte die Jugend-Enquete-Kommission ein wichtiges Ausrufezeichen für die Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Menschen. Vor Ort war auch der Bundesvorsitzende des VDR, Ralf Neugschwender, der die Möglichkeit nutzte, um mit den Mitgliedern der Kommission intensiv über die Inhalte des Papiers, das unter dem Titel „Demokratieförderung – Wie bleibt unsere Demokratie wehrhaft?“ steht, zu diskutieren. Bereits im Vorfeld wurde es an die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas, sowie an die Vizepräsidentin Yvonne Magwas übergeben.

erarbeitete Policy Paper in einer oder zwei Veranstaltungen an die relevanten Stakeholder übergeben. Diese Veranstaltungen schaffen den Raum, mit neuen Ideen und Initiativen auf die Handlungsimpulse der Kommission zu reagieren und diese weiterzuführen.

DER BEITRAG DER JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION ZUR DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Das aktuelle Policy Paper widmet sich dem Thema „Demokratieförderung – Wie bleibt unsere Demokratie wehrhaft?“. Die Kommission hat verschiedene Kernmaßnahmen vorgeschlagen, um die politische Teilhabe von Jugendlichen zu stärken und die Demokratie für die Zukunft zu wappnen:

1. Stärkung der politischen Bildung in Schulen

Ein zentraler Punkt des Policy Papers ist die Forderung nach einer intensiveren politischen Bildung an Schulen. Dabei soll insbesondere das Fach „Medienkompetenz“ ausgebaut werden. Mediapädagogische Peer-to-Peer-Projekte wie „Medienscouts“ sollen Jugendlichen helfen, sich besser gegen Desinformation und die Herausforderungen der digitalen Welt zu wappnen.

2. Mehr Mitspracherechte für Jugendliche

Die Kommission fordert, die Kinder- und Jugendparlamente auf kommunaler und Landesebene zu stärken und institutionell besser zu verankern. Ein weiterer Vorschlag ist, regelmäßige Konsultationen mit Jugendlichen, wie zum Beispiel die „JugendPolitikTage“, durchzuführen, um deren Perspektiven stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubinden.

3. Schutz vor Hass und Bedrohung für junge Engagierte

In Anbetracht der zunehmenden Bedrohung durch

WAS IST DIE JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION?

Die Jugend-Enquete-Kommission wurde 2021 gegründet, um mehr junge Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. In Anlehnung an das Modell einer vom Bundestag eingesetzten Kommission, die aus Abgeordneten und Experten besteht, wurde das Modell angepasst, indem die Experten durch junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren ersetzt wurden. Über einen Zeitraum von sechs Monaten nehmen diese Jugendlichen an Präsenztreffen und Online-Phasen teil, bei denen sie von Fachexperten aus Theorie und Praxis beraten werden. Das gemeinsame Ziel dieser intensiven Arbeit ist es, ein Policy Paper mit Handlungsaufforderungen und -empfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft zu verfassen.

Die Kommission besteht in der Regel aus 14- bis 27-jährigen, die sich mit einem jährlich wechselnden Thema beschäftigen. Am Ende dieser intensiven Arbeit wird das



Wer kann mitmachen?

Flyer und weitere Infos gibt es hier:



Hass und Gewalt fordert die Kommission eine Reform des Bundesmeldegesetzes, die einen besseren Schutz der persönlichen Daten von Ehrenamtlichen und politisch engagierten jungen Menschen gewährleistet.

4. Modernisierung der Freiwilligendienste

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Modernisierung der Freiwilligendienste für junge Menschen. Neben der Einführung eines verpflichtenden politischen Bildungsseminars für Freiwilligendienstleistende soll auch die finanzielle Vergütung verbessert werden, um eine existenzsichernde Unterstützung für diese jungen Menschen zu gewährleisten.

DAS ENGAGEMENT DES VDR

Der Verband Deutscher Realschullehrer unterstützt die Arbeit der Jugend-Enquete-Kommission und wird das Policy Paper intern beraten, um weitere Impulse für den politischen Dialog zu setzen. Besonders wichtig sei dabei auch, so der VDR-Vorsitzende Ralf Neuschwender vor Ort in Berlin, dass in der kommenden Kommission mehr Schülerinnen und Schüler aus Realschulen oder verwandten Schulformen sowie der beruflichen Bildung eingebunden werden. Diese Perspektiven müssen ebenfalls in die politische Entscheidungsfindung einfließen, um eine breitere und diversere Meinungsbildung zu ermöglichen. Der VDR wird sein Netzwerk nutzen, um diesen Prozess aktiv zu unterstützen.

AUSBLICK AUF DIE NÄCHSTE KOMMISSION

Das Thema der kommenden Jugend-Enquete-Kommission wird sich mit der Frage beschäftigen: „Schule: Ein Ort für alle? – Bildungsgerechtigkeit in Deutschland“. Hierbei geht es um die Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem und die Gestaltung von Schulen als Lern- und Lebensraum für Schülerinnen und Schüler.

Die Jugend-Enquete-Kommission hat mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Demokratie geleistet. Der VDR wird diese Bemühungen weiterhin aktiv begleiten und für eine breitere Partizipation von Schülerinnen und Schülern aus allen Schularten sorgen.

Ralf Neuschwender

Die Übergabe des Policy Papers fand in der Urania Berlin statt



Ralf Neuschwender plädiert für mehr Schülerinnen und Schüler aus der Sek I für die nächste JEK

Foto: Jugend-Enquete-Kommission e. V./Jonas Fföck



Foto: VDR

Simone Oldenburg ist Präsidentin der Bildungsministerkonferenz 2025

Kultusministerkonferenz der Länder arbeitet im kommenden Jahr in neuer Struktur

Mecklenburg-Vorpommern übernimmt im Jahr 2025 den Vorsitz der Bildungsministerkonferenz (Bildungs-MK). Simone Oldenburg, Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, wurde auf der Sitzung der Bildungsministerkonferenz in Berlin einstimmig zur Präsidentin gewählt. Nach 1993 und 2009 ist Mecklenburg-Vorpommern damit zum dritten Mal Vorsitzland der Kultusministerkonferenz. Die Präsidentschaft der Bildungsministerkonferenz 2025 steht unter dem Leitthema „Mehr Bildung ist drin. Für alle.“

„Erfolg in der Schule ist die Voraussetzung für einen guten Start in den Beruf und für gesellschaftliche Teilhabe. Gleiche Chancen für alle sind die Grundlage, allerdings ist in Deutschland noch immer der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen zu sehr von ihrer sozialen Herkunft abhängig. Wir müssen alles unternehmen, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterstützen, damit sie einen Schulabschluss erreichen und ihr Leben meistern können. Dabei sind noch nicht alle Potenziale ausgeschöpft. In der Bildungsministerkonferenz hoffe ich auf einen Austausch der besten Ideen und Projekte, von denen die anderen lernen können. Ich bin überzeugt: Mehr Bildung ist drin. Für alle“, so die künftige Bildungs-MK-Präsidentin Simone Oldenburg.

Mecklenburg-Vorpommern wird in seiner Präsidentschaft 2025 neben innovativen Unterrichtskonzepten und Förderangeboten auch den Ausbau und die Weiterentwicklung von digitalen Angeboten in den Blick nehmen, um die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler zu steigern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Gewinnung, Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte in multiprofessionellen Teams, was in Zeiten des bundesweiten Fachkräftemangels keine einfache Aufgabe ist.

Die künftige Präsidentin der Bildungsministerkonferenz wird zudem die intensivere Zusammenarbeit mit der Jugend- und Familienministerkonferenz weiterführen, um mit allen Beteiligten den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern umzusetzen und den Übergang von der Kita



Die dbb Bildungsgewerkschaften haben am 20. März 2025 mit der Bildungsministerkonferenz (BMK) über Bildungsgerechtigkeit und weitere Themen diskutiert. Vlnr: Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing (DPhV), Gerlinde Kohl (KEG), Simone Oldenburg (Präsidentin der BMK), Ralf Neuschwender (VDR), Simone Fleischmann (VBE)

in die Schule weiter zu verbessern. Darüber hinaus gilt es, die durch die saarländische Bildungsministerin und bisherige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Christine Streichert-Clivot, angestoßenen Reformen der KMK umzusetzen und die neu gegründete Bildungsministerkonferenz für die Zukunft aufzustellen.

„Im nächsten Jahr arbeitet die Kultusministerkonferenz in einer neuen Struktur. Das ist für uns alle neu. Die eigenständigen Ministerkonferenzen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur verkürzen die Entscheidungswege. Wir können schneller auf aktuelle Herausforderungen reagieren, politisch effektiver kommunizieren und auf dynamische Veränderungen besser reagieren. Ich verspreche mir davon viel. Ich danke Christine Streichert-Clivot für die Pionierarbeit bei der Neuausrichtung der KMK und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Länder“, sagte die künftige Bildungs-MK-Präsidentin Simone Oldenburg.

Komplettiert wird das Präsidium der Bildungs-MK für das Jahr 2025 durch die Erste Vizepräsidentin Staatsministerin Anna Stolz (Bayern), die Zweite Vizepräsidentin Ministerin Christine Streichert-Clivot (Saarland) sowie die Länderkoordinatoren Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig (Rheinland-Pfalz) - A-Koordinatorin und Ministerin Karin Prien (Schleswig-Holstein) - B-Koordinatorin.

Foto: dbb / Schmidt

Berufsorientierung als Schlüssel zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Ein Rückblick auf den 2. Bildungs-Summit der Unternehmerverbände Niedersachsen

Am 19. März 2025 fand in Hannover der 2. Bildungs-Summit der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) statt, bei dem der Bundesvorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), Ralf Neugschwender, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden des Verbands Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL), Torsten Neumann, vor Ort waren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das bedeutende Thema, wie Berufsorientierung als Lösung für den wachsenden Fachkräftemangel dienen kann. Rund 250 Gäste aus Bildung, Wirtschaft und Politik trafen sich, um gemeinsam Konzepte zur Weiterentwicklung der Berufsorientierung an Schulen zu erarbeiten und konkrete Lösungsansätze zu entwickeln.



Berufsorientierung als systematische Aufgabe

Eine der zentralen Erkenntnisse des Summits war, dass Berufsorientierung nicht als freiwilliges Zusatzangebot verstanden werden darf, sondern als integraler Bestandteil des schulischen Bildungsweges. Angesichts des Fachkräftemangels muss Berufsorientierung als langfristiger und systematischer Prozess in den Bildungsalltag integriert werden. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern frühzeitig die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen und Fähigkeiten zu erkennen und gezielt auf ihren späteren Berufseinstieg vorbereitet zu werden.

Schulen und Lehrkräfte spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Berufsorientierung sollte nicht als „on top“-Aufgabe verstanden werden, sondern als eine der zentralen Aufgaben im Schulalltag. Katrin Stumpenhausen, Abteilungsleiterin Bildung bei den UVN, moderierte eine lebhaftes Podiumsdiskussion, in der diese Thematik intensiv erörtert wurde. Ein herausragendes Beispiel ist das Berufswahlsiegel, das Schulen unterstützt, ein systematisches Konzept

zur Berufsorientierung zu entwickeln und kontinuierlich umzusetzen. Solche Netzwerkstrukturen bieten den Schulen die notwendige Unterstützung, um Berufsorientierung fest in ihre Bildungsarbeit zu integrieren.

Praktika als zentraler Bestandteil der Berufsorientierung

Ein weiteres zentrales Thema war die Rolle von Schülerpraktika. Julia Willie Hamburg, Kultusministerin des Landes Niedersachsen, stellte auf dem Summit einen neuen Erlass vor, der die Organisation und Verteilung von Praktika optimiert. Ziel ist es, Praktika sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Unternehmen optimal zu gestalten und so den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu erleichtern.

Praktika bieten Jugendlichen die Möglichkeit, ihre beruflichen Interessen zu testen und gleichzeitig wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Für Unternehmen sind sie eine Chance, zukünftige Talente frühzeitig kennenzulernen und zu fördern. Johannes Siebert, Professor für Entscheidungswissenschaften am Management Center Innsbruck, erklärte, wie Praktika den Schülern helfen können, die passenden Berufsfelder zu identifizieren.

Individualisierte Berufsorientierung und der Abbau von Rollenklischees

In der Podiumsdiskussion wurde die Notwendigkeit betont, Berufsorien-

Ralf Neugschwender betont auf dem Podium die Wichtigkeit einer systematischen Berufsorientierung an Schulen

Christoph Meinecke, stv. Hauptgeschäftsführer der UVN, begrüßt die Gäste

Fotos: VDR



Blick in einen gut gefüllten Saal im Karriere Campus Hannover



Ralf Neugschwender, VDR-Vorsitzender und Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbands Niedersächsischer Lehrkräfte - VNL im Austausch mit der Kultusministerin von Niedersachsen, Julia Willie Hamburg

tionierung individueller und flexibler zu gestalten. Schülerinnen und Schüler haben unterschiedliche Interessen und Talente, die bei der Berufswahl berücksichtigt werden müssen. Eine pauschale Berufsberatung wird den Bedürfnissen der Jugendlichen nicht gerecht. Ebenso wichtig ist der Abbau von Rollenklischees, die nach wie vor die Berufswahl beeinflussen. Mädchen entscheiden sich oft für soziale Berufe, während Jungen eher technische oder handwerkliche Berufe wählen. Diese Stereotype müssen überwunden werden, damit die Jugendlichen ihren Beruf frei von Geschlechterrollen wählen können.

Digitalisierung als Chance für die Berufsorientierung

Die Digitalisierung wurde auf dem Summit als eine große Chance für die Berufsorientierung identifiziert. Digitale Plattformen und Tools können dazu beitragen, Schülerinnen und Schüler besser mit potenziellen Arbeitgebern zu vernetzen und ihnen Zugang zu Informationen über verschiedene Berufsfelder zu verschaffen. Digitale Werkzeuge bieten die Möglichkeit, die Berufsorientierung zu personalisieren und den Übergang in die Arbeitswelt zu erleichtern.

Ralf Neugschwender, der Vorsitzende des VDR, betonte die Bedeutung der Digitalisierung für die Berufsorientierung. Virtuelle Praktika, Online-Karriereberatung und digitale Jobmessen können den Schülern

helfen, sich schneller und gezielt über verschiedene Berufsmöglichkeiten zu informieren. Die Digitalisierung hat das Potenzial, die Berufsorientierung auf ein neues Level zu heben und den Zugang zu relevanten Informationen zu erweitern.

Neugschwender sprach sich außerdem für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung aus. Beide Bildungswege bereiten Jugendliche auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft vor. Die Wahl zwischen akademischer oder beruflicher Ausbildung sollte nicht darüber entscheiden, wie erfolgreich ein junger Mensch später im Leben ist. Die Berufsorientierung müsse ein Bewusstsein dafür schaffen, dass die berufliche Ausbildung genauso wertvoll ist wie die akademische. Matteo Feind, Vertreter des Landeschülerrats Niedersachsen, machte deutlich, wie wichtig es ist, alle Bildungswege gleichermaßen anzuerkennen und die Schüler zu ermutigen, unabhängig von ihrer Schulform ihre beruflichen Interessen zu verfolgen.

Schule und Wirtschaft müssen eine gemeinsame Sprache sprechen

Ein weiteres zentrales Thema des Summits war die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft. Es wurde deutlich, dass diese beiden Bereiche eine gemeinsame Sprache sprechen müssen, um die Berufsorientierung erfolgreich und zielgerichtet zu gestalten. Schulen und Unternehmen müssen aufeinander

zugehen und Lösungen entwickeln, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern.

Bianca Rosenhagen, Vorsitzende von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen auf der wirtschaftlichen Seite, und Ulf Jürgensen, Vorsitzender von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen auf der schulischen Seite, unterstrichen, wie gut die Zusammenarbeit in der Praxis funktionieren kann. Beide betonten, dass ein regelmäßiger Austausch zwischen Schulen und Unternehmen unerlässlich ist, um die Schülerinnen und Schüler auf die beruflichen Anforderungen vorzubereiten und gleichzeitig den Bedarf der Unternehmen an gut ausgebildeten Fachkräften zu decken.

Ralf Neugschwender

Alle Mitwirkenden des 2. UVN Bildungs-Summit



dbb Jahrestagung 2025

Einsatz für Demokratie im Mittelpunkt



Fotos: dbb/Marco Urban

Diskussion zur Haushaltspolitik: Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Dr. Marcus Optendrenk, MdL, Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen (CDU-Fraktion), Dr. Thorsten Rudolph, MdB, Mitglied im Haushaltsausschuss (SPD-Fraktion), Christian Haase, MdB, haushaltpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion, Andreas Hemsing, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender

Ins Gespräch zu kommen mit Teilnehmern aus den Mitgliedsverbänden und Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft über aktuelle Herausforderungen in Politik und Gesellschaft war das Ziel der Jahrestagung 2025 des Deutschen Beamtenbundes in Köln vom 5. bis 7. Januar 2025. In der Einladung betonte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als „handlungsleitend für den öffentlichen Dienst sowie für dbb Beamtenbund und Tarifunion.“ Das unverzichtbare Fundament für den Rechtsstaat und das friedliche Zusammenleben ist dabei für den dbb eine stabile öffentliche Infrastruktur.

In seinem Eingangsstatement lenkte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer die Aufmerksamkeit der rund fünfhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Notwendigkeit von Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, wie etwa Bildung, Sicherheit und Infrastruktur, und verlangte eine Prioritätensetzung gegenüber der Frage einer Ausgabenbeschränkung aufgrund der

Schuldenbremse. Besorgt erinnerte er daran, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates nach Erhebungen im vergangenen Sommer auf einem historischen Tiefstand sei. Die Erwartung an die Politik sei daher, für ein funktionierendes Gemeinwesen zu sorgen, denn zu einer Demokratie gehöre ein funktionierender Staat.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser lobte in ihrer Rede die Leistungen des öffentlichen Dienstes und sprach sich für mehr Schutz und Investitionen aus. Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates wieder zu stärken, dürfe die Politik die Bürger und Bürgerinnen mit ihren Sorgen nicht allein lassen, der Staat müsse in Krisenzeiten Orientierung bieten. Bezüglich zunehmender Gewalt gegenüber den Beschäftigten kündigte sie harte Konsequenzen an und forderte auch die Entwicklung präventiver Strategien.



Außerschulische Lernorte entdecken!



Das wortreich in Bad Hersfeld – Sprache interaktiv erleben

Im wortreich entdecken Schüler*innen Kommunikation und Sprache auf 1.200 m² an über 90 Stationen neu – beim Basketball mit Wörtern, digitalen Graffiti oder Schreiben mit den Augen. Die interaktive Erlebnisausstellung

lädt zum Mitmachen ein und fördert spielerisch Medienkompetenz, Team- und Kommunikationsfähigkeit.

Neben der Ausstellung bietet die Wissens- und Erlebniswelt praxisnahe Workshops, in denen u. a. Nachrichtensendungen, Trickfilme oder eigene

Theaterstücke entstehen. Interaktive Führungen wie „Respekt und Wertschätzung in der Kommunikation“ oder ab April „Macht der Worte – Manipulation und Beeinflussung durch Sprache“ runden das Angebot ab.

Ideal für Klassenfahrten, Projekt-tage und Exkursionen!

Mehr Infos und Anmeldung unter: www.wortreich-badhersfeld.de



Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, ging auf das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ein, das stets einer Abwägung bedürfe und das derzeit „nicht stimmt“. Nach Anschlägen in Deutschland, welche die Menschen auch verunsichern, sei es eine zentrale Aufgabe für das Jahr 2025, das Sicherheitsgefühl wieder herzustellen. Konkret kritisierte Wüst, dass etwa die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung nicht mehr so geführt werden dürfe, als hätte sich die Welt nicht verändert. Es sei „unterm Strich Staatsversagen“, wenn der Staat die technischen und rechtlichen Möglichkeiten in der aktuellen Situation nicht ausschöpft. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates werde aber auch geschmälert durch zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren. Hier müsse die Art und Weise, wie wir Deutschland verwalten, auf den Prüfstand.

Klare Worte fand Udo di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D. über die Herausforderungen des Rechtsstaats und die Zukunft der Demokratie. Er sprach die Veränderung des Parteienspektrums an, das radikalere Ränder bekommen hat, insbesondere im rechtspopulistischen Bereich. Das Selbstbewusstsein der demokratischen Mitte sei

schwächer geworden. Damit leide das Ansehen der Demokratie, das mit der Handlungsfähigkeit des Staates verbunden ist. Verschachtelte Systeme in der Gesetzgebung machten es den Beschäftigten oft schwer, die Regelungen engagiert zu vollstrecken. Der Staat müsse transparenter und kommunikativer werden, damit nicht Unruhe entstehe. Sein Fazit: Wir sollen uns nicht in eine Untergangsmetaphorik hineinsteigern, aber Deutschland steht vor einer robusten Phase, in der die Institutionen auf ihre Belastbarkeit geprüft werden müssen.

Andrea Römmele, Professorin für Kommunikation in Politik in der Zivildemokratie an der Hertie School Berlin forderte einen stärkeren Fokus auf Demokratiebildung in den Schulen, die für eine wehrhafte Demokratie unerlässlich sei. Die auffällig hohe Zahl junger AfD-Wähler liegt ihrer Meinung auch daran, dass heutige Schülerinnen und Schüler bislang keine Berührung mit anderen politischen Systemen hatten. „Liefert der demokratische Rechtsstaat nur unzureichend, werden Ventile gesucht“.

Nach den Aussagen von Prof. Volker Kronenberg, Universität Bonn ist die Demokratie den aktuellen Herausforderungen gewachsen. Neben dem Grundgesetz und der Möglichkeit von Parteiverboten sei Deutschland rechtlich gut gewappnet. Allerdings spielten auch Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensweisen der Menschen eine Rolle. Kronenberg betonte: „Die Vertrauenskrise berührt viele Ebenen, daher müssen wir alle etwas gegen die Vertrauenskrise tun.“

Christa Nicklas



Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik

AUS DEN LÄNDERN

→ BAYERN

POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE BILDUNG IN KRISENZEITEN STÄRKEN

Angesichts der politischen Entwicklungen in Berlin betonte der brlv im November 2024 die Bedeutung einer fundierten politischen und ökonomischen Bildung. Schülerinnen und Schüler suchen in Zeiten geopolitischer Spannungen Orientierung, weshalb die Schule Raum für sachlichen Dialog bieten müsse. brlv-Vorsitzender Ulrich Babl unterstrich: „Schule hat die wichtige Aufgabe, Antworten zu geben, Sicherheit zu vermitteln und Raum für einen aufklärenden, sachlichen Dialog zu schaffen.“ Dabei betonte der brlv die Notwendigkeit angemessener Rahmenbedingungen für Lehrkräfte, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.



DISKUSSION ÜBER EIN GESETZLICHES MINDESTALTER FÜR SOZIALE MEDIEN GEFORDERT

Zum Internationalen Tag der Bildung forderte der brlv eine gesellschaftliche Debatte über den verantwortungsvollen Umgang mit sozialen Medien. Angesichts der negativen Auswirkungen wie Mobbing, Angststörungen oder Leistungsabfall stellt sich die Frage nach einer Altersgrenze für Plattformen wie TikTok und Instagram. „Ein gesetzliches Mindestalter, das es ja auch bei Computerspielen oder Filmen gibt, wäre ein denkbarer und sinnvoller Ansatz, um Kinder und Jugendliche vor den negativen Folgen eines zu frühen und unkontrollierten Einstiegs in die Welt der sozialen Medien zu schützen“, erklärte Babl. Gleichzeitig sprach sich der brlv für einen umfassenden Ansatz aus, der Schülerinnen und

Schüler, Lehrkräfte sowie Eltern in die Entwicklung von Medienkompetenz einbindet. Neben technischen Fähigkeiten müsse vor allem ein kritischer und bewusster Umgang mit digitalen Inhalten vermittelt werden. Der Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht müsse durchdacht erfolgen. Weder eine Verteufelung noch eine unkritische Förderung sei zielführend. Entscheidend sei der pädagogische Mehrwert und eine nachhaltige Integration digitaler Werkzeuge in den Schulalltag.

VERWALTUNGSGERICHT MÜNCHEN STÄRKT BETEILIGUNGSRECHTE: GLEICHES RECHT FÜR ALLE REFERENDARIN- UND REFERENDARE

Mit seinem Beschluss vom 21. Januar 2025 stellte das Verwaltungsgericht München klar, dass junge Menschen, die ihre Lehrkräfteausbildung an Realschulen, Gymnasien oder beruflichen Schulen absolvieren, bei den Wahlen zur Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) nicht benachteiligt werden dürfen. Konkret entschied das Gericht, die HJAV-Wahl 2023 für ungültig zu erklären und schloss sich damit der Argumentation des brlv, der den Antrag eingebracht hat, an. Die HJAV beim Kultusministerium ist die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung, also die Personalvertretung der Lehrkräfte in Ausbildung (Referendariat) aller Schularten. Bislang hatten die jeweiligen Hauptwahlvorstände die Wahlordnung so ausgelegt, dass nur Referendarinnen und Referendare, die eigenverantwortlich unterrichten, überhaupt wählen dürfen und wählbar sind. Aufgrund der unterschiedlichen Ausbildungsstrukturen im Referendariat schloss dies an den weiterführenden Schularten Realschule, Gymnasium und berufliche Schulen bis zu fünfzig Prozent der Lehrkräfte in Ausbildung von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht aus. Hingegen konnten alle Lehrkräfte in Ausbildung an den Grund- und Mittelschulen wählen und gewählt werden. Federführend hat der brlv beim Verwaltungsgericht München die HJAV-Wahl 2023 angefochten und nun in erster Instanz Recht bekommen.



Landesvorsitzender Ulrich Babl

BRLV, VBR UND LEV-RS ZUM GESAMTKONZEPT UNTERRICHTS- UND PERSONALVERSORGUNG: NUR GEMEINSAM KANN ES GELINGEN!

Die Verbände der Realschulfamilie brlv, VBR und LEV-RS nahmen das von Staatsministerin Stolz im März 2025 verkündete Maßnahmenpaket zur Personalversorgung im kommenden Schuljahr grundsätzlich positiv zur Kenntnis. Die Verbandsvorsitzenden betonten jedoch auch, dass Schulen bereits jetzt an ihre Grenzen gehen und Maßnahmen zur Entlastung und Wertschätzung unerlässlich sind. Ausdrücklich begrüßt wurden der Dialogprozess und die Transparenz der in Frage kommenden Lösungsansätze, um dem zunehmenden Lehrkräftebedarf zu begegnen. Die Wiedereinführung einer Freistellungsvariante bzw. eines Sabbatjahres für Realschullehrkräfte, das in den letzten Jahren ausschließlich den Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien vorbehalten war, sieht Ulrich Babl als Erfolg der Bemühungen des brlv.

Positiv hervorzuheben sei auch, dass zur Deckung offener Stellen weiterhin auf die freiwillige Erhöhung von Teilzeitdeputaten gesetzt wird. Insgesamt zeigen diese Beschlüsse, dass schulartspezifisch gerechnet und gesprochen wurde, um zu tragfähigen Lösungen zu gelangen. Dennoch dürfe bei der Nachwuchsgewinnung jetzt nicht locker gelassen werden. Denn längerfristig ist insbesondere im Jahr 2030 eine Deckungslücke von 700 Vollzeitstellen zu erwarten.

Zusätzliche Unterrichtsstunde im Fach Politik und Wirtschaft in der Jahrgangsstufe 6

Mit Beginn des Schuljahres 2024/25 wurde in der hessischen Studentafel eine weitere Stunde „PoWi“ verankert. Der Unterricht im Fach Politik und Wirtschaft beginnt nun bereits ab der Jahrgangsstufe 6 einstündig. Aus der Sicht des VDL ist dies ein wichtiger Schritt, um in einer sich zunehmend überschuldeten Gesellschaft, vor allem mit der finanziellen Allgemeinbildung an den Schulen, frühzeitig zu beginnen.



Das Team der finlit-foundation mit dem Vorstand des VDL.

Der VDL hat gemeinsam mit der Hamburger finlit-Stiftung ein wegweisendes Projekt zur Förderung der Finanzbildung ins Leben gerufen. Das Projekt verfolgt das Ziel, Finanzbildung in Hessen nachhaltig zu stärken. Mit der Heinrich-Böll-Schule in Bruchköbel wurde die erste „finschool“ Hessens ausgezeichnet. Das Pilotprojekt ist ein entscheidender Schritt, um das Thema Finanzbildung flächendeckend an hessischen Schulen zu etablieren. Ziel ist es, Finanzbildung nachhaltig zu stärken. Durch die Programme „ManoMoneta“ für die Klassen 3 bis 6 und „OhMoney“ für die Klassen 7 bis 10 sollen junge Menschen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld sensibilisiert werden. Finanzielle Bildung

ist eine grundlegende Lebenskompetenz und sollte unabhängig von Elternhaus und sozioökonomischen Hintergrund für alle Kinder und Jugendlichen sichergestellt werden. Nach dem gelungenen Auftakt an der Heinrich-Böll-Schule planen der VDL und die finlit-Stiftung weitere Fortbildungen für hessische Lehrkräfte, um ein Netzwerk an „finschools“ zu etablieren.

Die finlitfoundation gGmbH ist eine gemeinnützige Initiative der EOS Gruppe und wurde 2019 gegründet. Ihre Mission: finanzielle Bildung als Prävention gegen Überschuldung. Finanziert wird die Stiftung unter anderem durch Spenden der EOS Gruppe und der Hanseatic Bank.

STARTCHANCENPROGRAMM

Bereits im Frühjahr 2024 wurde für Hessen die Teilnahme am Startchancenprogramm verkündet. Hessenweit sollen 321 Schulen nach abgeschlossener Auswahl daran teilnehmen. Zum Schuljahr 2024/25 waren es zunächst etwas mehr als neunzig Schulen. Die Maßnahme kostet das Land Hessen jährlich achtzig Millionen Euro, den gleichen Betrag gibt der Bund dazu. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf den Grundschulen, die mindestens sechzig Prozent der Mittel erhalten sollen.

Ziel ist die Förderung von Bildungschancen unabhängig vom Elternhaus. Grundlage für die Auswahl ist ein sogenannter „Startchancenindex“ plus weitere Indikatoren. Eine Säule des Programms sind Schulhelferinnen und Schulhelfer. Seitens des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen (HMKB) sollten diese beispielsweise zur Unterstützung bei der Organisation von Exkursionen oder zur Informationsweitergabe an das Sekretariat eingesetzt werden. Angesichts noch ausstehender notwendiger Klärungen, was

sowohl den Einsatzbereich als auch die Voraussetzungen dieses Personenkreises angeht, scheint der Startzeitpunkt und der Einsatz der Helferinnen und Helfer ohne umfassende und abschließende Diskussion aus Sicht des VDL zu kurzfristig. Auch äußert der Verband die Besorgnis, dass hierdurch wieder Mehrarbeit für die Kolleginnen und Kollegen zu erwarten ist, da diese in der direkten Zusammenarbeit mit den Helferinnen und Helfern ihre Vorhaben koordinieren und erklären müssen.

UNTERRICHT IN WERTEVERMITTLUNG

Eine Kontroverse hat die Initiative des hessischen Kultusministers ausgelöst, die Wertevermittlung stärker in den Fokus an Schulen zu rücken. Zunächst erfolgt diese „Offensive“ im Schuljahr 2024/25 im Unterricht der Intensivklassen. Verwiesen wird dabei auf § 2 Hessisches Schulgesetz, welcher die Schulen in der Pflicht sieht, die Schülerinnen und Schüler zu „befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des GG und der Verfassung des Landes

Hessen [...] die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten“. Dazu wurde im Oktober angekündigt, dass eine neue Koordinierungsstelle im HMKB eingerichtet werden soll. Neben ersten Hinweisen für Lehrkräfte sollen mit der geplanten Ausweitung auf die anderen Schulformen auch Anregungen gesammelt werden, mit welchen konkreten Inhalten ein solcher Unterricht gefüllt werden kann.

Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass auch jetzt schon Demokratie und freiheitliche Grundordnung Bestandteil des Unterrichts, z.B. im Fach Politik und Wirtschaft, sind. Außerdem sei das Anliegen inhaltlich überfrachtet und noch nicht hinreichend definiert worden. Die Bekämpfung von Hetze, Extremismus, Antisemitismus, Falschinformation, Polarisierung und Fake News in sozialen Netzwerken wird seitens des Kultusministeriums in den Blickpunkt gestellt, aber auch der tägliche Umgang miteinander, was den gegenseitigen Respekt angeht.

UNTERRICHT IN WIEDERBELEBUNG IN DER JAHRGANGSSTUFE 7

Das HMKB hat ein weiteres Modellprojekt auf den Weg gebracht: den Unterricht in Wiederbelebung in der Jahrgangsstufe 7. Nachdem dieser bereits im Schuljahr 2023/24 an dreißig weiterführenden Schulen erprobt wurde, waren die Staatlichen Schulämter aufgefordert, aus ihrem Amtsbereich jeweils zwölf weiterführende Schulen für die Ausweitung des Modellprojekts zu benennen. Der VDL sieht einige Punkte kritisch: Aus welchem Grund betrifft dieser Modellversuch die Klassen-

stufe 7? Eine höhere Jahrgangsstufe wäre möglicherweise geeigneter gewesen. Auch ist unklar, nach welchen Kriterien die Auswahl der teilnehmenden Schulen erfolgte. Ebenso könnte man hinterfragen, ob Lehrkräfte überhaupt geeignet sind, einen solchen Unterricht durchzuführen, oder ob man nicht besser Experten zur Zusammenarbeit in die Schulen geholt hätte. Unstrittig ist das gute Ziel, die Reanimationsquote zu steigern und Schülerinnen und Schüler für Notsituationen vorzubereiten. Allerdings bedeutet auch dieses Projekt eine Maßnahme zur Hebung der Arbeits-

leistung (HPVG § 78), die den organisatorischen Angelegenheiten des Personalrats zuzuordnen ist. Für die Schulen bedeutet das konkret, dass Reanimationspuppen verwaltet werden und Lehrkräfte über Fortbildungen und/oder Schulungsvideos befähigt werden müssen. Auch müssen Ansprechpartner ernannt werden. Für den VDL stellt sich die Frage, was Schulen zusätzlich noch leisten sollen und können, angesichts des Fachkräftemangels und der zunehmenden Arbeitsverdichtung.

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

Demokratiebildung – wichtiger denn je

Ein brandaktuelles Thema, spannende Vorträge und ein mitreißendes Finale: Der Mülheimer Kongress am 6. November hatte den rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder einiges zu bieten.

Timing und Thema waren geradezu erschreckend aktuell. Am Tag, als ein notorischer Demagoge, Lügner und Faktenverdrehler zum Präsidenten des mächtigsten Landes der Welt gewählt wurde, lud *Lehrer nrw* zum 55. Mülheimer Kongress. Das Leitthema lautete: Demokratiebildung in der Schule. Um die Wichtigkeit des Themas zu erkennen, braucht es allerdings nicht den Blick über den großen Teich, wie der aktuelle Erfolg rechts- und linkspopulistischer Parteien gerade bei jungen Menschen in Deutschland zeigt. Demokratiebildung müsse Schülerinnen und Schüler befähigen und motivieren, kritisch zu hinterfragen, sich gesellschaftlich und politisch einzubringen sowie Verantwortung zu übernehmen, betonte der VDR-Bundvorsitzende Ralf Neugschwender in einem Grußwort. Wie das gelingen kann und was dafür nötig ist, verdeutlichten zwei Experten für Demokratiepädagogik und Politische Bildung den rund hundert Kongressteilnehmenden.

ZU WENIG MITTEL FÜR DIE DEMOKRATIEBILDUNG

Zunächst sprach Dr. Wolfgang Beutel (Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz-Universität Hannover) über Demokratiebildung und Demokratiepädagogik und beleuchtete die damit verbundenen Querschnittsaufgaben, Grundlagen und fachlichen Herausforderungen für die Schulen. Beutel kritisierte, dass es zwar aus der Politik viele Lippenbekenntnisse, aber viel zu wenig finanzielle und personelle Mittel für Demokratiebildung in der Schule gebe. Außerdem sei noch nicht klar, was Demokratiebildung eigentlich ist und was sie leisten soll, so der Wissenschaftler. Es gebe noch kein ausgearbeitetes Konzept und zu wenig Forschung in diesem Bereich. Schulen, die Demokratiebildung vorantreiben möchten, empfahl Beutel, den Schülerin-



Rund hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie zahlreiche Ehrengäste erlebten beim 55. Mülheimer Kongress ein spannendes Programm.

nen und Schülern in bestimmten Bereichen mehr Autonomie zu ermöglichen, um zum Beispiel das schulische Umfeld und das schulische Miteinander zu verbessern. Denn Schule sei das Lebens- und Entwicklungsmilieu, in dem junge Menschen ihre individuelle, moralische und politische Sozialisation erleben. Die dort gemachten Erfahrungen tragen maßgeblich zur politischen Identität bei, unterstrich Beutel. Daher müsse eine pädagogisch-demokratische Kultur in den Schulen stetig gepflegt und weiterentwickelt werden, zum Beispiel durch unterschiedliche Projekte, Themen oder Lernsettings.

ARGUMENTIEREN UND DEBATTIEREN ALS EVENT

Nach Beutels wissenschaftlich-theoretisch basiertem Einstieg rückte Prof. Dr. Monika Waldis, (Leiterin des Zentrums Politische



VDR-Bundvorsitzender Ralf Neugschwender: Mehr Demokratiebildung in der Schule.



Dr. Wolfgang Beutel: Schülerinnen und Schülern mehr Autonomie ermöglichen.

Bildung und Geschichtsdidaktik, Pädagogische Hochschule der FH Nordwestschweiz) die schulpraktischen Aspekte in den Fokus. Wie durch Debattieren im Unterricht politisches Argumentieren und Urteilen gefördert werden kann, war Thema ihres Vortrags. Sie stellte verschiedene Debatten-Settings vor. Planspiele, Parlaments-Simulationen oder Schüler-Debatten mit wechselnden thematischen Schwerpunkten und Rollenverteilungen seien wirksame Instrumente für die demokratische und politische Bildung. Wichtig sei es, Argumentieren und Debattieren zu etwas Besonderem, zu einem Event zu machen, betonte Waldis: „Eine Debatte ist kein Klassenzimmergespräch: Sie sollte einen eigenen Rahmen haben.“ Die Bildungsforscherin stellte ein Setting für eine Fishbowl-Debatte vor, in der die Schülerinnen und Schüler verschiedene Rollen einnehmen. In sechs Schritten wird dann das Thema behandelt: In Einstiegs-Statements wird das der Debatte zu Grunde liegende „Problem“ erörtert. Dem folgt eine Debatte im Plenum und ein erster Austausch in Kleingruppen. Es schließt sich eine neuerliche Plenumsdebatte – diesmal

mit Entscheidungsfindung – und ein zweiter Kleingruppen-Austausch an. Der letzte Punkt in diesem Setting ist dann die Kompromissfindung und -formulierung.

MUSIKALISCHER SCHLUSS- UND HÖHEPUNKT

Nicht minder anregend, wenn auch auf andere Weise, war der letzte Programmpunkt des von Thorsten Schmalt ebenso souverän wie unterhaltsam moderierten Kongresses: Der traditionelle – und immer wieder aus Neue begeisternde – Auftritt der Big Band der Erich-Klausener-Realschule Herten. Auch diesmal rissen die Schülerinnen und Schüler mit kraftvollem Sound und tollen Arrangements – mit Titeln von Lady Gaga über Camila Cabello bis hin zu Queen – das Publikum von den Sitzen.

Jochen Smets

Der nächste Mülheimer Kongress findet – dann turnusgemäß wieder zweitägig – am 26. und 27. November 2025 in der Akademie „Die Wolfsburg“ in Mülheim an der Ruhr statt.



Prof. Dr. Monika Waldis: Argumentieren und Debattieren zu einem Event machen.



Die Big Band der Erich-Klausener-Realschule riss das Publikum mit tollem Sound von den Sitzen.

Fotos: Jochen Smets

Ein enttäuschender Entwurf

Der Entwurf des 17. Schulrechtsänderungsgesetzes zur Zukunft der § 132c-Schulen gibt Anlass zu scharfer Kritik. Aus Sicht von *Lehrer nrw* ist klar: Die Realschulen mit Hauptschulbildungsgang bedürfen einer grundlegenden Neuausrichtung.

Dass Realschulen ab Klasse 7 Hauptschulbildungsgänge anbieten können, wird von einer Übergangsregelung in eine feste gesetzliche Bestimmung überführt – so jedenfalls sieht es der Entwurf des 17. Schulrechtsänderungsgesetzes vor, der *Lehrer nrw* im Rahmen der Verbändebeteiligung vorgelegt worden ist. Die relativierende Formulierung aus dem bisherigen § 132c „insbesondere wenn eine öffentliche Hauptschule in der Gemeinde oder im Gebiet des Schulträgers im Sinne des § 78 Absatz 8 nicht vorhanden ist“ wird im Entwurf übernommen. *Lehrer nrw* begrüßt die Beibehaltung dieser *Conditio sine qua non* ausdrücklich. Das Schulministerium hat immer betont, dass die Einrichtung eines Bildungsgangs ab Klasse 7, der zu den Abschlüssen der Hauptschule führt, kein Instrument der Schulentwicklung in den Kommunen sein soll. Dabei muss es unbedingt bleiben. Insgesamt bietet der Entwurf jedoch leider Anlass zu scharfer Kritik, die

unser Verband in seiner Stellungnahme dann auch sehr deutlich formuliert hat.

Der Landtag hat im Jahr 2011 ein Gesetz beschlossen, mit dem die institutionelle Garantie der Hauptschule in der Landesverfassung aufgegeben wurde. Im Jahr 2015 hat die Landesregierung mit dem 12. Schulrechtsänderungsgesetz zur Sicherung von Schullaufbahnen die Möglichkeit geschaffen, an Realschulen ab Klasse 7 den Bildungsgang der Hauptschule einzurichten. Ziel der neuen Regelung war die Sicherung von individuellen Bildungsverläufen auch bei fehlender Verfügbarkeit eines vollständigen Schulangebotes des gegliederten Systems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) in der näheren Umgebung.

LÄNGER GEMEINSAM LERNEN ZU REALSCHULKONDITIONEN

Weiterhin wurde festgelegt, dass Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang

Hauptschule im Klassenverband mit Schülerinnen und Schülern des Bildungsgangs Realschule unterrichtet werden. „Hierbei sind Formen innerer und äußerer Differenzierung möglich.“ Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I legte seinerzeit die Beschränkung der äußeren Differenzierung auf bis zu einem Drittel der Stundentafel fest. Unter der schwarz-gelben Landesregierung ist die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I dahingehend geändert worden, dass „Unterricht in äußerer Differenzierung im Umfang von bis zur Hälfte der Stundentafel erfolgen kann“. Faktisch erfolgt der Unterricht an den 18 Realschulen (mit Ausnahme des Wahlpflichtunterrichts Wirtschaft und Arbeitswelt, der für den Bildungsgang Hauptschule verpflichtend ist) aber ausschließlich oder weit überwiegend im Klassenverband in Formen innerer Differenzierung. Von der Möglichkeit der äußeren Differenzierung wird aus personellen,



Foto: AdobeStock

Die Unterrichtsqualität leidet unter der strukturellen Überforderung

pädagogischen und räumlichen Gründen weder zu einem Drittel und schon gar nicht im Umfang von bis zur Hälfte der Stundentafel Gebrauch gemacht. Realschulen mit Hauptschulbildungsgang sind demnach Schulen, an denen länger gemeinsam gelernt wird, ohne dass ihnen die weitaus günstigeren Rahmenbedingungen der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens zur Verfügung gestellt werden (geringeres Pflichtstundendeputat der Lehrkräfte, bessere Lehrer-Schüler-Relation, mehr Funktionsstellen).

EINE KLASSE, ZWEI LEHRPLÄNE

An den Schulen des längeren gemeinsamen Lernens werden alle Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage EINES Kernlehrplans unterrichtet, Gleiches gilt für die Bildungsgänge des gegliederten Systems. Das heißt, dass der Kernlehrplan an Gesamtschulen, Sekundarschulen, PRIMUS-Schulen, Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen für alle Schülerinnen und Schüler dieselben Kompetenzbereiche, Inhaltsfelder und Kompetenzerwartungen ausweist. An den Realschulen mit Hauptschulbildungsgang werden die Schülerinnen und Schüler im Realschulbildungsgang ab Jahrgangsstufe 7 nach dem Kernlehrplan Realschule unterrichtet, die Schülerinnen und Schüler im Hauptschulbildungsgang nach dem Kernlehrplan Hauptschule. Aufgrund der Beschränkung der äußeren Differenzierung findet dieser Unterricht jedoch überwiegend – vielfach nahezu ausschließlich – im Klassenverbund statt. Insbesondere in den höheren Jahrgangsstufen divergieren die Kernlehrpläne Realschule und Hauptschule erheblich, so dass die Lehrkraft parallel

unterschiedliche Unterrichtsgegenstände behandeln und Lerninhalte vermitteln muss. Unter dieser strukturellen Überforderung leidet die Unterrichtsqualität. Hinzu kommen Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf, die zielgleich nach den Kernlehrplänen Realschule und/oder Hauptschule oder zieldifferent unterrichtet werden müssen sowie neu zugewanderte Kinder und Jugendliche, die integriert werden müssen.

DAS HAUPTSCHULSTERBEN UND SEINE FOLGEN

Dass aufgrund zahlreicher Hauptschulschließungen in den vergangenen Jahren neue Wege gefunden werden müssen, um den Hauptschulbildungsgang zu erhalten, ist einsichtig. Braucht doch das gegliederte Schulsystem in Nordrhein-Westfalen jeden einzelnen Baustein, um zukunftsfest zu sein. Wenn der Realschule nunmehr dauerhaft die Aufgabe übertragen werden soll, an Standorten, an denen eine öffentliche Hauptschule in der Gemeinde oder im Gebiet des Schulträgers nicht mehr vorhanden ist, einen Hauptschulbildungsgang ab Klasse 7 einzurichten, muss jedoch die Ressourcenfrage neu verhandelt werden. Zudem ist es aus den oben dargelegten pädagogischen Gründen zwingend notwendig, dass die Beschränkung der äußeren Differenzierung aufgehoben wird. Ein entsprechender Landtagsbeschluss liegt seit Juni 2018 vor, ist aber bedauerlicherweise niemals umgesetzt worden. Wenn die Landesregierung nicht bereit ist, an diesen wichtigen Stellschrauben nachjustieren, droht aus einer untauglichen pädagogischen Übergangslösung eine untaugliche pädagogische Dauerlösung zu werden.

ES BRAUCHT EINE GRUNDLEGENDE NEUAUSRICHTUNG

Der Gesetzesentwurf sieht noch eine weitere Veränderung vor: Schulen mit einem genehmigten Hauptschulbildungsgang sollen künftig Schülerinnen und Schüler nach dem Willen der Eltern und mit Zustimmung des Schulträgers auch in die Klasse 5 aufnehmen und nach den Bildungsgangzielen der Hauptschule unterrichten können.

Unseren Verband haben in den letzten Jahren zahlreiche Rückmeldungen von Realschulen mit Hauptschulbildungsgang erreicht, dass es für alle Beteiligten sehr frustrierend ist, wenn vor allem Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung die Erprobungsstufe im Bildungsgang Realschule durchlaufen, um dann ab Klasse 7 häufig die Schullaufbahn im Hauptschulbildungsgang fortsetzen zu müssen. Für diese Schülerinnen und Schüler wäre es sicherlich zielführender, wenn sie bereits in der Erprobungsstufe nach den Bildungsgangzielen der Hauptschule unterrichtet werden könnten. Gleichzeitig würde die neue Ausgestaltung aber auch bedeuten, dass die oben dargelegte strukturelle Überforderung der Lehrkräfte noch ausgeweitet würde, da sie dann auch in den Jahrgangsstufen 5 und 6 im Klassenverbund auf der Grundlage zweier unterschiedlicher Kernlehrpläne lehren müssten. Einheitliche Lehrpläne, die für alle Schülerinnen und Schüler im Klassenverbund gelten, sind jedoch die Grundlage für einen qualitativ hochwertigen Unterricht.

Mein Fazit lautet daher: Die Realschulen mit Hauptschulbildungsgang bedürfen einer grundlegenden Neuausrichtung. Diesem Anspruch wird der vorgelegte Entwurf leider in keiner Weise gerecht.

Sven Christoffer

Bildungsgerechtigkeit und Fortschritt

Herausforderungen als Tenor zu wählen, sei in der sich auf vielfältige Weise verändernden Welt passend und wichtig, so die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig vor der Hauptversammlung des VRB. Ihre Rede stellte sie unter die Leitgedanken Bildungsgerechtigkeit und Fortschritt.

Der Bildungshaushalt eines Landes gebe Aufschluss darüber, wie Gesellschaft über Bildungspolitik denke und somit die Zukunftschancen von jungen Menschen im gesellschaftlichen Kontext gewichte. Das Land Rheinland-Pfalz habe für das kommende Haushaltsjahr zehn Prozent mehr an Bildungsausgaben vorgesehen. Jeder der so investierten 13 Millionen Euro sei eine Anlage in die Zukunft der Kinder und somit auch in unsere Demokratie.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit sei Bildungsgerechtigkeit, so die Ministerin. Es sei eine gesellschaftliche Verantwortung, dass Kinder ihr Potenzial entfalten können, dabei spiele Schule eine zentrale Rolle. Teillösungen reichen hier nicht aus: So sei etwa die Sprachförderung begrenzt auf Migration und Sprachfähigkeiten zu kurz gedacht. Im zum Schuljahresbeginn bundesweit angelaufenen Start Chancen-Programm sieht Dr. Hubig eine gute Initiative um Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Das von Bund und Ländern gemeinsam getragene Programm, an dem auch 56 Realschulen plus in Rheinland-Pfalz teilnehmen, sei auch für nicht teilnehmende Schulen gewinnbringend, denn die dabei erarbeiteten Ideen und Modelle könnten auch in modifizierter Form auf andere Schulen übertragen werden.

Die Förderung von Basiskompetenzen, die schon in den Familiengrundschulzentren bei der Kita- und Grundschulförderung aktiviert wird, werde auch die Wege und das Ankommen in den Realschulen plus positiv begleiten. Allerdings könne Schule nicht alles richten, was in Gesellschaft und Elternhaus eben nicht mehr gewährleistet wird. Mit dieser Aussage unterstützte sie die auch häufig gestellte Forderung des Verbandes, dass multiprofessionelle Teams für Schule unerlässlich sind und weiter ausgebaut werden müssen.

NOTWENDIGKEIT DER SCHAFFUNG ZUSÄTZLICHER PERSONELLER RESSOURCEN ERKANNT

In diesem Jahr verzeichne Rheinland-Pfalz eine Rekordzahl an Einstellungen von Lehrkräften, zudem seien im Haushalt mehr



VRB-Hauptversammlung im November 2024

Stellen für Schulpsychologie vorgesehen und man unterstütze den Digitalpakt 2.0. Durch Vorabzusagen an die Absolventen der Studienseminare für Realschulen plus, durch die Ermöglichung des Quereinstiegs in Bedarfsfächern und die Zulassung von Referendaren des Lehramts Gymnasium für das Studienseminar Realschulen plus solle zudem dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

„Teilzeit für Lehrkräfte wird nicht eingeschränkt“, betonte die Bildungsministerin. Fragte jedoch gleichzeitig, ob eine bedingungslose Teilzeit ohne familiäre Gründe bei der demographischen Entwicklung noch zeitgemäß sei. Sie sagte zu, dass Altersteilzeit für Lehrkräfte weiterhin möglich sein soll.

KI - FORTSCHRITT UND HERAUSFORDERUNG

Durch die vom Land bereitgestellten Zugänge zur Plattform FOBIZZ schaffe man nicht nur die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche zukunftsorientiert zu schulen, sondern gleichermaßen auch Ressourcen besser zu bündeln und durch die Nutzung von KI, Arbeitserleichterungen für Lehrkräfte zu schaffen. ABER, so die Ministerin, Lehrkräfte werden immer unverzichtbar bleiben und niemals ersetzt werden können, da KI vor allem die zwischenmenschlichen Kompetenzen der Lehrkräfte nicht ersetzen kann. Allerdings passen alte Ant-

worten nicht auf neue Herausforderungen und Schule müsse anders gedacht und weiterentwickelt werden. Als ein herausragendes Projekt in diesem Kontext führt sie „Schule der Zukunft“ an, ein Drittel der teilnehmenden Schulen sind Realschulen plus. Weitere Schulen haben ihr Interesse an der Teilnahme angezeigt, daher sei eine dritte Bewerbungsrunde in Vorbereitung. Dies zeige, wie wichtig Schulentwicklung sei und auch von den Schulen vor Ort forciert werde.



Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig ging in ihrer Rede auf die Herausforderungen und Chancen von KI für die Arbeit an Schulen ein.

Einen großen Dank sprach sie allen Kolleginnen und Kollegen aus, die sich an den Schulen den Herausforderungen stellen und dort für Kinder und Jugendliche einen sicheren und vertrauten Stabilitätsort schaffen.

Katharina Becker

Michael Eich – Stellvertretender Landesvorsitzender

Michael Eich, der sich aus der aktiven Verbandsarbeit zurückzieht, hat im VRB auf verschiedenen Ebenen gewirkt, Spuren seines Handelns hinterlassen und damit Verantwortung für das gesellschaftliche Wohl vieler Menschen übernommen.



Michael Eich

So war er zunächst Mitglied, dann ab 2010 Stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Neustadt, ehe er im Jahre 2011 für vier Jahre den Bezirksvorsitz innehatte. Als Chefredakteur führte er die herausragende Qualität unserer Zeitschrift fort,

setzte neue Impulse und baute ein breites Redaktionsnetzwerk auf. Bis heute ist er Autor der Rubrik „Klartext“, in der er deutliche Verbandspositionen vertritt. Vor acht Jahren wurde er von der Hauptversammlung zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Auch in der Personalratsarbeit zeigte sich Michael Eich als herausragender Gesprächsführer mit enormem Verhandlungsgeschick. Nach vielen schulischen Stationen leitet er derzeit die Paul-Gillet-Realschule plus mit Fachoberschule in Edenkoben. Zusammen mit seinem Team gestaltet er seine Schule und entwickelt diese zukunftsfest weiter.

Seine Expertise wird dem Verband erhalten bleiben. Michael Eich hat im Rahmen des behutsam durchgeführten Wechsels

an die Verbandsspitze seine herausragenden Qualitäten auf vielen verschiedenen Ebenen eingebracht und sich für das Wohl der Schularart, der Kolleginnen und Kollegen sowie der Schülerinnen und Schüler mit großem Engagement eingesetzt. Wir sind dankbar, dass wir ihn auch nach seiner aktiven Zeit im Verband immer um Rat fragen können.

Timo Lichtenthäler

→ SAARLAND

VRB Saarland zur Forsa Befragung zu Gewalt gegen Lehrkräfte

Und wieder wird durch eine Befragung belegt, dass das Arbeiten an Schulen für unsere Lehrkräfte immer herausfordernder wird.

Die Ergebnisse überraschen uns nicht. Immer wieder werden Lehrkräfte Opfer von physischer und psychischer Gewalt. Karen Claassen, Vorsitzende des VRB betont: „Es liegt nicht an den Lehrkräften! Die Schule ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die Gewaltvorfälle sind die Symptome einer sich verändernden Gesellschaft.“

Die Politik muss hier endlich Grundlagen schaffen, damit das gesellschaftliche Zusammenleben wieder auf Werten beruht, die ein freies demokratisches Miteinander ermöglichen. Dazu gehören für uns u. a. Respekt, gegenseitige Achtung und Anerkennung, Leistungsbereitschaft und Empathie.

In unserer Pressemitteilungshistorie ist zu sehen, dass wir vom VRB seit Jahren die Verantwortlichen in der Politik auffordern, Maßnahmen zu treffen, dass wir Lehrkräfte den von uns geforderten Bildungsauftrag erfüllen können und nicht Gefahr laufen, Opfer von Gewalt zu werden:

14.12.2017: Verband Reale Bildung fordert Reaktionen auf Brandbriefe

[...] Schon vor einiger Zeit wurde von uns darauf hingewiesen, dass sich Übergriffe verbaler wie leider auch handgreiflicher Natur von Schülern, aber auch einigen Eltern mehren. Auch bei der Aussage, dass der Lehrer mehr Sozialarbeiter anstatt Fachlehrer sei, kann der VRB nur zustimmen. Das Schulsystem wird aufgefordert, die gesellschaftlichen Probleme zu beheben und „nebenher“ noch Fachwissen zu vermitteln, welches zu einer Ausbildungs- und Studierreife der Schulabsolventen führt. Mehrfach wurde auch darauf hingewiesen, dass das ohne Unterstützung von außen und oben nicht zu bewältigen ist. [...]

03.05 2018: VRB Saar fordert Konsequenzen aus Umfrage „Gewalt gegen Lehrkräfte“

Erneut zeigt die aktuelle Forsa-Umfrage „Gewalt gegen Lehr-

kräfte“ erschreckende Ergebnisse – und erneut fordert der VRB Saarland alle verantwortlichen Stellen auf, betroffenen Lehrkräften unterstützend zur Seite zu stehen.

Laut der Umfrage unter Schulleiterinnen und Schulleitern sind bundesweit 48 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen von psychischer Gewalt gegen Lehrkräfte betroffen. Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen wurden in den letzten fünf Jahren in knapp der Hälfte der Schulen wahrgenommen und in jeder vierten der befragten 1.200 Schulleitungen sind Fälle von körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte bekannt geworden.

26.07.2018: VRB von Anstieg der Kriminalität an Schulen wenig überrascht – Wiederholt Forderung nach Maßnahmenpaket erhoben

Laut einem Bericht der „Welt am Sonntag“ ist die Kriminali-

tät an saarländischen Schulen innerhalb der vergangenen fünf Jahre um 114 Prozent gestiegen. Für den VRB ist diese Entwicklung wenig überraschend. Der Verband, der Lehrer an Gemeinschaftsschulen und Förderschulen vertritt, fordert ein gezieltes Eingreifen des Innen-, aber insbesondere des Bildungsministeriums.

Die zahlreichen Hilferufe und Brandbriefe, die bundesweit bekannt wurden, zeichnen ein Bild, das nunmehr nur statistisch aufbereitet ist: Lehrer werden auf das Übelste beschimpft und bedroht, Sachbeschädigungen steigern sich in Zahl und Ausmaß, Eigentums- und Körperverletzungsdelikte nehmen zu. [...]

23.10.2018: Erneut fordert der VRB Saarland Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen

Bereits im Mai und Juli 2018 forderte der VRB Saarland Konsequenzen und Maßnahmen, um der Gewalt an Schulen, die eben auch gegen Lehrpersonen gerichtet ist, entgegenzutreten. [...] Es sind Maßnahmen notwendig, die erfordern, dass Bildungs-, Innen- und Sozialministerium zusammen tätig werden [...].

06.10.2019: VRB Saarland fordert Hilfe für Lehrkräfte bei Gewalt in Schulen

Mittlerweile greifen alltägliche Schlagzeilen in Deutschland Gewalt an Schulen auf – und noch immer gibt es keine wirkliche Hilfe für Lehrkräfte und Schüler.

Zwar werden im Saarland mehr Schulsozialarbeiter eingestellt, doch verhindern bürokratische Vorgaben ein wirklich effekti-

ves Zusammenarbeiten aller Beteiligten und damit gelingt es auch nicht, Lehrkräfte zu entlasten. Der VRB mahnt an, dass hier die Politik Wege schaffen muss, die ein problemloses Update der unterschiedlichen Behörden untereinander ermöglicht und so die Möglichkeit für ein schnelleres Eingreifen in Gefährdungssituationen zulassen kann.

18.03.2024: VRB zur Polizeistatistik 2022 Gewalt gegen Lehrkräfte im Saarland

Leider spiegelt die Statistik die negativ spürbare Entwicklung in unseren Schulen wider. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Dunkelziffer höher ist, da es ja kaum bis zögerlich Hinweise zu einer offiziellen Meldung von Vorfällen gibt. Natürlich ist Gewalt gegen Lehrkräfte nicht der Regelfall und eine Anzeigebereitschaft beinhaltet viele persönliche Abwägungen. [...]

Wie sollen vorbeugende Maßnahmen durch die Schule ergriffen werden?! Hier fehlen eben auch Ressourcen und Möglichkeiten. Jede Lehrkraft weiß, wie wichtig eine gute Beziehungsarbeit ist. Aber sie wird massiv durch den zunehmenden Lehrermangel, mangelnde Zeitressourcen, unvollständigem Aufbau multiprofessioneller Teams und mangelnde Zusammenarbeit verschiedener Ämter aus Datenschutzgründen beeinflusst.

In der Schule spiegelt sich die aktuelle Entwicklung der Gesellschaft wider. Ohne weitere Schaffung und Anpassung von präventiven, aber auch wirksamen adäquaten Maßnahmen im Akutfall, wird die Schule zunehmend zu einem schwierigen Arbeitsplatz.

→ SACHSEN

Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingung und der Bildungsqualität

Am 11. März 2025 erhielten alle Lehrkräfte und Schulleitungen in Sachsen über das Schulportal das Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus „Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung beginnend mit dem Schuljahr 2025/2026“ zu lesen. Bei den meisten Maßnahmen handelt es sich um Änderungen der „Sächsische Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung“, darum braucht der Kultusminister Conrad Clemens weder einen Kabinettsbeschluss noch eine Mehrheit im Landtag. In einer Anhörungsphase sollen Berufsverbände, Personalräte und Lehrgewerkschaften Gelegenheit erhalten, zu den Maßnahmen Stellung zu nehmen. Der Vollzug ist bis zum Ende Mai 2025 geplant, damit die Maßnahmen für das nächste Schuljahr eingeplant werden können.

GRUNDLAGE SIND 1.400 UNBESETZTE STELLEN IN SACHSEN

Die Grundlage der Maßnahme sind laut offizieller Statistik 1.400 unbesetzte Stellen in Sachsen und der Sachverhalt, dass im ersten Schulhalbjahr 2024/2025 an Oberschulen 8 Prozent planmäßig und 6,8 Prozent des Unterrichts tatsächlich außerplanmäßig ausfallen mussten. Das zentrale Ziel der Maßnahmen ist die Halbierung des Unterrichtsausfalls, so dass im Schul-

jahr 2025/2026 eine Arbeitszeit in Höhe von 790 Vollzeitstellen für den Unterricht zu Verfügung steht. Das sei machbar, folgt man dem Kultusminister, weil Lehrerinnen und Lehrer in den vergangenen Jahren durch viele Maßnahmen wie die Assistenzsysteme entlastet wurden sind und der Lehrerberuf durch die Verbeamtung auch attraktiver geworden sei. Zudem sollen die Maßnahmen nicht nur bessere Bildung gewährleisten, sondern auch die Bildungsgerechtigkeit fördern.

UNTERRICHTSVERSORGUNG VERSUS UNTERRICHTSQUALITÄT

Die Entlastungen sind für die Lehrkräfte kaum spürbar. Die Attraktivität des Lehrerberufs nimmt in bildungspolitischen Debatten nicht zu und steigende Einstellungszahlen können nicht als Beleg herangezogen werden. Die geplante Reduktion in allen Bereichen zugunsten der Unterrichtsversorgung belastet die Lehrkräfte enorm, reduziert die Bildungsqualität und verschärft die Bildungsgerechtigkeit.

Michael Jung, der Vorsitzende des Sächsischen Lehrerverbands, ist klar in seiner Bewertung der Maßnahmen: „Erneut werden die Stellschrauben angezogen, ohne die eigentlichen Probleme zu lösen. Jahrzehntelange Versäumnisse und das kurzfristige Denken in Legislaturperioden führen jetzt wieder zu drastischen Einschnitten für das schulische Personal. Statt zukunftsfä-

hige Konzepte zu entwickeln, werden die Lasten einmal mehr auf dem Rücken der Lehrkräfte abgeladen.“ Die angekündigten Maßnahmen stoßen auf breites Unverständnis und massive Ablehnung bei Schulleitungen, Lehrkräften und in den Lehrerausbildungsstätten.

Zum PDF-Download „Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung beginnend mit dem Schuljahr 2025/2026.“ gelangen Sie über diesen QR-Code:



PERSONELLE STÄRKUNG DER OBERSCHULE

Ich stelle nun ausgewählte Maßnahmen vor, um Defizite der Maßnahme, in deren Grundlage, Konzeption oder geplanten Umsetzung zu zeigen.

Die erste Maßnahme ist die „Personelle Stärkung der Oberschule“, dieser kann man zustimmen in ihrer Zielsetzung, aber deren Umsetzung, darf hinterfragt werden. Grundschullehrkräfte sollen in der 5. und 6. Klasse und Gymnasiallehrer in allen Klassenstufen der Oberschule eingesetzt werden können. Lehrkräfte aus verschiedenen Schulstufen bringen unterschiedliche pädagogische Ansätze und Erfahrungen mit, die den Unterricht bereichern können. Aber Lehrkräfte anderer Schularten müssen sich erst in die Lehrmethoden und -ansätze der Oberschule einarbeiten. Die organisatorischen Anforderungen und die Verwaltung an Oberschulen können sich stark von denen an Grundschulen und Gymnasien unterscheiden, was eine zusätzliche Herausforderung darstellen könnte. Besonders kritisch sehe ich die geplante Versetzung und Abordnung von Lehrkräften. Grundlage der Maßnahme ist die ungleiche Unterrichtsversorgung in Sachsen. Der Lehrkräftemangel wird damit

Der SLV im Gespräch mit Kultusminister Conrad Clemens



nur umverteilt, aber eine nachhaltige Personalpolitik bleibt damit auf der Strecke.

ANPASSUNG VON ANRECHNUNG, ERMÄSSIGUNG UND MINDERUNG

Die zweite Maßnahme, die „Anpassung von Anrechnung, Ermäßigung und Minderung“, regelt die Arbeitszeit von Lehrkräften und Schulleitungen neu. Die Altersermäßigung wird angepasst, die Höchstzahl der schulbezogenen Anrechnungsstunden um rund zehn Prozent schulartübergreifend gekürzt und Arbeitszeitkonten eingeführt werden. Ich werde die Maßnahme exemplarisch anhand dreier Personengruppen betrachten: ältere Lehrkräfte im Öffentlichen Dienst, jüngere verbeamtete Lehrkräfte und Lehrkräfte mit der Funktion „Fachberater“.

Die Altersermäßigung, die bisher ab dem 58. Lebensjahr griff, wird auf das 63. Lebensjahr verschoben. Für ältere Lehrkräfte macht es den Arbeitsplatz Schule unattraktiver. Die steigenden psychischen und physischen Belastungen sind nicht nur ein Problem für ältere Lehrkräfte im Schuldienst. Hinzukommt, dass die Lehrkräfte weder von Verbeamtung profitiert haben, noch aufgrund der Zwangsteilzeit die derzeitigen Aufstiegsmöglichkeiten hatten. Die Änderung wird notwendig, weil die derzeitige Regelung nicht dazu führt, dass ältere Lehrkräfte länger im Schuldienst tätig sind. „Diese Kolleginnen und Kollegen haben das sächsische Bildungssystem trotz widrigster Bedingungen aufrechterhalten. Nun werden sie erneut im Stich gelassen und als Prellbock für politische Fehlentscheidungen benutzt“, kritisiert Michael Jung.

Verbeamtete Lehrkräfte sollen nach dem Vorbild von Sachsen-Anhalt mehr unterrichten und diese Mehrarbeit in Arbeitszeitkonten ansparen. Das Arbeitszeitguthaben kann nach der Ansparphase in einer reduzierten Unterrichtsverpflichtung münden. Eine gesetzliche Grundlage gibt es dazu noch nicht. Die Umsetzung soll über eine Änderung des Beamtengesetzes im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes erfolgen. Der Landtag muss zustimmen. Die Arbeitszeitstudie der Prognos AG im Auftrag des Kultusministeriums liefert die wissenschaftliche Grundlage. Im Schuljahr 2024/2025 werden 4.100 Lehrkräfte und 410 Schulleitungen nach ihrer tatsächlichen Arbeitszeit befragt. Ab September 2025 werden die Ergebnisse ausgewertet. Die Einführung der Arbeitszeitkonten soll nach der Auswertung evaluiert werden.

Die Kürzung der Anrechnungsstunden soll bereits im Schuljahr 2025/26 ohne die Berücksichtigung der Arbeitszeitstudie erfolgen. Die Kürzung der Anrechnungsstunden bei gleicher Aufgabenverteilung ist inakzeptabel. Sie führt dazu, dass Lehrkräfte mit besonderen Funktionen überlastet werden. Das ist nicht nur ungerecht, sondern hat negative Auswirkungen auf die Qualität und Effektivität ihrer Arbeit. Ein Beispiel: Die Aufgaben von Fachberater und Fachberaterinnen, wie die Qualitätssicherung in ihren Fächern, die Beratung von Lehrkräften, die Lehrerfortbildung und -ausbildung sollen in vier statt sechs Anrechnungsstunden erledigt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Maßnahmen, deren Grundlage die Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchung sein sollen, vor deren Auswertung konzipiert werden.

AUSBAU MULTIPROFESSIONELLER TEAMS AN SCHULEN

Die Maßnahme „Ausbau multiprofessioneller Teams an Schulen“ ist definitiv zuzustimmen. Es ist ideal, wenn die Erteilung von Unterricht einen hohen Anteil von der Gesamtarbeitszeit von Lehrkräften ausmacht. Im Maßnahmenpaket wird dargestellt, dass die bereits eingestellten Assistenten wertvolle Arbeit leisten und der Personalbestand abgesichert werden soll. Im Moment sind 1.066 Schulassistenten an sächsischen Schulen tätig. Doch diese Absicherung reicht bei Weitem nicht aus. Multiprofessionelle Teams sind weder in der Fläche noch an sich vollständig an jeder Schule in Sachsen zu finden. Es stellt sich die Frage, wie der Personalbedarf angesichts der Haushaltslage abgesichert werden soll.

INTEGRATION OHNE ANPASSUNG AN SPRACH- UND LERNNIVEAU

Die Maßnahme „Neue Regeln zur schulischen Integration“ sieht die Straffung des Integrationsverfahrens zum Schuljahr 2025/2026 auf der Grundlage der „Sächsischen Konzeption zur Integration von schulpflichtigen Migranten“ vor. 1900 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund warten derzeit auf einen Platz an einer sächsischen Schule. Bisher konnten sie aus Mangel an räumlichen oder personellen Kapazitäten keiner Schule zugewiesen werden. Kultusminister Clemens hatte bereits angekündigt, die Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen sehr viel stringenter zu organisieren, um den Integrationsstau abzubauen und



Foto: AdobeStock
Gute Unterrichtsqualität ist das Ergebnis mehrerer Maßnahmen – und nicht allein die Beseitigung des Lehrkräftemangels ...

die Schulplatzvergabe besser kalkulieren zu können. Bisher sieht das sächsische Konzept zur Integration von Migranten ein abgestuftes Verfahren vor, das sich nach dem Sprach- und Lernniveau der Schülerinnen und Schüler richtet. Bevor sie in den regulären Unterricht gehen, lernen sie in Vorbereitungsklassen Deutsch als Fremdsprache. Erst danach werden sie schrittweise in Regelklassen integriert. Ab

dem Schuljahr 2025/2026 müssen alle Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahresende zwei Jahre oder länger in einer Vorbereitungsklasse gelernt haben, in eine altersgemäße Regelklasse integriert werden. Außerdem sollen Erstklässler mit Migrationshintergrund direkt in eine Regelklasse integriert werden. Sie sollen zum Spracherwerb Deutsch als Zweitsprache (DaZ) erhalten. Weil DaZ-Lehrer fehlen, kann dieser Unterricht klassen-, schul- und schulartübergreifend stattfinden.

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN FÖRDERN DIE QUALITÄT DER BILDUNG

Der Sächsische Lehrerverband fordert u. a. die grundlegende Überarbeitung der Maßnahmen und erwartet konkret:

- den nur freiwilligen Einsatz von Lehrkräften von Grundschule und Gymnasium an der Oberschule,
- die Beibehaltung der Altersermäßigung ab dem 58. Lebensjahren und die Möglichkeit zur freiwilligen Teilzeit ab dem 58. Lebensjahr,

- den tatsächlichen Aufwuchs von Assistenzstellen,
- keine Kürzung der Anrechnungsstunden bei gleichbleibender Aufgabenlast,
- die Anerkennung von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) als eigenständiges Fach mit entsprechenden Fortbildungs- und Ausbildungsangeboten und Integration in die Regelklasse nach Sprach- und Lernniveau der Schülerinnen und Schüler.

Die allein quantitative Beseitigung des Lehrkräftemangels durch die vorgeschlagenen Maßnahmen läuft Gefahr, in das Gegenteil umzuschlagen: den Professionalitätsverlust. Dieser senkt die Attraktivität des Lehrkräfteberufs, steigert die Bildungsgerechtigkeit und reduziert die Bildungsqualität. Die Qualität der Lehrkräfte ist der wichtigste Faktor für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und sichert die Bildungsqualität des Schulsystems und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Aktionen des SLV

→1. **Übergabe des Maßnahmenkatalogs an den Vorstand des SLV am 10.03.2025**

→2. **Jahresgespräch des Vorstandes des SLV mit Kultusminister Conrad Clemens 13.03.2025**

Der SLV hat deutlich gemacht, dass die angekündigten Maßnahmen eine erhebliche Mehrbelastung für Lehrkräfte und Schulleitungen bedeuten und die ohnehin angespannte Situation an sächsischen Schulen weiter verschärfen werden. Der SLV hat den Kultusminister aufgefordert, den Maßnahmenkatalog grundlegend zu überarbeiten und die Belange, aller in der Schule Tätigen, realistisch zu betrachten und ernst zu nehmen.

→3. **Videokonferenzen für alle Mitglieder des SLV**

In den digitalen Veranstaltungen der Standorte (Leipzig, Bautzen, Dresden, Chemnitz und Zwickau) und des Jungen SLV werden die Maßnahmen vorgestellt und diskutiert. Weiterhin sollen Argumente sowie Gegenvorschläge zu den geplanten Maßnahmen erarbeitet werden.

→4. **Kundgebungen in Leipzig, Chemnitz und Dresden**

Der Sächsische Lehrerverband ruft gemeinsam mit weiteren Organisationen zu landesweiten Protestkundgebungen gegen die geplanten Maßnahmen des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) auf.

→5. **Aktuelle Stunde im Landtag 27.3.2025**

→6. **Gespräche mit Bildungspolitischen Sprechern aller Parteien**

→7. **Anhörung im Landtag 11.4.2025**

→8. **Landesweite Personalräteversammlungen 16.4.25**

Der LHPR hat alle sächsischen Schulen dazu aufgerufen am 16.4.2025 um 11.59 Uhr eine Außerordentliche Personalversammlung zu veranstalten.

→9. **Übergabe des Protestschreibens und der Forderungen des SLV an den Kultusminister Conrad Clemens am 6.5.2025**



Conrad Clemens und Michael Jung am Rande der Leipziger Buchmesse



Geplante Protestkundgebungen im April



Foto: ©SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland/William Veder

Erfolgreiche Kooperationen zwischen Wirtschaft und Schule: Der Fachverband Oberschulen des Sächsischen Lehrerverbandes sucht Best-Practice-Beispiele

Die gute Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaftsbetrieben ist ein großer Gewinn für beide Seiten. Sie fördert den Lebensweltbezug und die Berufsorientierung der Schulen und sichert gleichzeitig den langfristigen Fachkräftebedarf der Unternehmen. Es gibt zahlreiche Vorschläge zur Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen jenseits der Praktika. Die konkrete Umsetzung, die den Anforderungen der Unternehmen entspricht und zugleich nahtlos in den Schulalltag integriert werden kann, stellt jedoch eine erhebliche Herausforderung dar. Organisatorische und versicherungsrechtliche Hürden, fehlende pädagogische Begleitung und unterschiedliche Erwartungen und Ziele können große Hindernisse sein.

Der Fachverband Oberschulen sucht deshalb nach erfolgreichen umgesetzten Beispielen und Konzepten für das gelungene Zusammenwirken von Lehrkräften mit ihren Kooperationspartnern im Bereich Wirtschaft.

FIRMEN AN DIE SCHULEN HOLEN: INFORMATIKUNTERRICHT DURCH PRAKTIKER

Unser erstes Beispiel gehört zum Bereich der Informatik und führt an die die Oberschule Rauschwalde in Görlitz. Sie hat 2024 gemeinsam mit dem Kooperationspartner QESTIT beim bundesweiten SCHULEWIRTSCHAFT-Preis „Engagement sichtbar machen“ den zweiten Platz in der Kategorie „Starter-Kooperationen Schule – Unternehmen“ erreicht. Das Projekt „Kooperative Digitale Transformation: Eine Lernreise in die Welt der Künstlichen Intelligenz“ wurde ausgezeichnet. Der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützte Preis zeichnet jährlich besondere Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen aus. Die Jury war besonders vom innovativen Ansatz zur Förderung digitaler Kompetenzen über-

zeugt: QESTIT-Mitarbeiter unterstützten als Aushilfslehrer den Informatikunterricht und ermöglichten praxisnahe Schülerbeiträge.

Die Preisverleihung fand am 5. November 2024 im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Berlin statt. „Die Zusammenarbeit hat unseren Informatikunterricht nicht nur bereichert, sondern uns ermöglicht, den Schülerinnen und Schülern durch praxisnahe Unterstützung kontinuierlichen Unterricht zu bieten“, fasst Informatiklehrer Robert Kogler die Partnerschaft zusammen.

Er arbeitet seit 2002 als Mediendozent und Musiklehrer in Görlitz und betreibt die Seite mediendozent.de. Heute ist er Informatiklehrer, arbeitet am Medienpädagogischen Zentrum Löbau und bietet Fortbildungen für Lehrkräfte an, auch zum Thema Künstliche Intelligenz. Madeleine Helbig und Clemens Küche, stv. Kreisvorsitzender im Kreisverband Niesky-Görlitz fragten genauer nach:

Was war Ihre grundlegende Motivation?

Die Motivation entstand eigentlich aus einer konkreten Herausforderung: Wir hatten einen Mangel an Informatiklehr-



Es wurden Auszeichnungen in unterschiedlichen Kategorien vergeben

Foto: ©SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland/William Veder

kräften für 12 Wochenstunden. Gleichzeitig erfuhren wir von freien Kapazitäten bei der Firma QESTIT hier in Görlitz. Aus dieser Situation entwickelten wir die Idee einer Win-win-Kooperation: Die IT-Experten von QESTIT unterstützen unseren Unterricht, und unsere Schüler profitieren von deren Praxiserfahrung. Das Thema KI wählte ich, weil es hochaktuell ist und unsere Schüler darauf vorbereitet sein müssen.

Wie haben Sie die Projektziele definiert und wie lief es in der Praxis?

Unser Hauptziel war es, den Informatikunterricht nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern durch die Expertise der QESTIT-Mitarbeiter zu bereichern. In der Praxis teilten wir die Klassen: Eine Gruppe arbeitete am Lehrplan mit mir als Fachlehrer und die andere an praxisnahen Projekten mit den IT-Experten. Die Aufteilung ermöglichte es uns, sowohl die Lehrplaninhalte abzudecken als auch spannende Zusatzprojekte zu realisieren.

Welche Herausforderungen zeigten sich?

Die größte Herausforderung war anfangs die Organisation: Wie integrieren wir externe Fachkräfte in den Schulalltag? Wie stimmen wir Lehrplaninhalte und Praxisprojekte aufeinander ab? Leider ist auch die Disziplin einiger Schüler immer wieder eine Herausforderung, gerade für Externe.

Was hat die Schülerinnen und Schüler motiviert, an diesem Projekt teilzunehmen?

Die Jugendlichen waren von Anfang an begeistert von der Möglichkeit, mit „echten“ IT-Profis zusammenzuarbeiten. Ein besonderer Motivationsschub war der Erfolg beim Bundeswettbewerb „My Digital World“, wo der Videobeitrag „Sicherheit im Netz“ eines vierköpfigen Schüler-Teams ausgezeichnet wurde. Das hat gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Diese Motivation überträgt sich übrigens aktuell auch auf andere Klassen. Ein Pokal im Fachraum ist dafür tatsächlich hilfreich.

Haben Sie bereits eine Strategie entwickelt, um das Gelernte nachhaltig in Ihre Schule zu integrieren?

Das hängt ja leider von der Finanzierung ab. Für das kommende Halbjahr planen wir erneut die Zusammenarbeit. Dies-

mal werden wir aber mehr auf die Skills der Mitarbeiter eingehen und das Thema „Softwaretest“ mit einbeziehen. Geplant sind Coding-Experimente mit dem Roboter NAO. Roboter sind dank KI das nächste große Thema.

Welchen Rat würden Sie anderen Schulen geben, die ähnliche Vorhaben planen?

Mein wichtigster Rat wäre: Schauen Sie sich in Ihrer Region um! Oft gibt es Unternehmen, die bereit sind, Schulen zu unterstützen. Wichtig ist auch eine klare Kommunikation der gegenseitigen Erwartungen und eine flexible Herangehensweise.

Welche Besonderheiten gibt es im Fach Informatik?

Die Besonderheit in der Informatik ist, dass sich das Fach ständig weiterentwickelt. Die externen Experten bringen nicht nur technisches Know-how mit, sondern auch wertvolle Einblicke in die Arbeitswelt der IT-Branche.

Abschließend möchten wir zum Thema „KI am Übergang Schule – Beruf“ genauer nachfragen. Inwieweit kann KI Schulen zukünftig unterstützen?

Die Arbeitswelt von morgen wird massiv von KI geprägt sein – das sehen wir bereits heute in fast allen Branchen. Unsere Aufgabe als Schule ist es, die Jugendlichen darauf vorzubereiten. Das bedeutet zum einen, ihnen ein grundlegendes Verständnis von KI-Technologien zu vermitteln. Noch wichtiger ist aber die Entwicklung von Kompetenzen, die auch in einer KI-geprägten Arbeitswelt relevant bleiben: Kreativität, kritisches Denken, Problemlösungsfähigkeit und soziale Intelligenz. Gerade durch unsere Kooperation mit QESTIT sehen die Schüler, wie IT-Profis bereits heute mit KI-Tools arbeiten – nicht als Ersatz für menschliche Fähigkeiten, sondern als Ergänzung. In der Berufsorientierung müssen wir den Jugendlichen vermitteln, dass sie nicht gegen KI konkurrieren, sondern lernen sollten, mit ihr zu arbeiten.

Was bedeutet das für Lehrkräfte?

Als nebenberuflicher Mediendozent schule ich regelmäßig Lehrkräfte und sehe die Herausforderungen im Umgang mit KI. Eine große Herausforderung ist definitiv die Bewertung von Schülerarbeiten. Wir müssen hier komplett umdenken: Weg von der reinen Produktbewertung, hin zu einer prozessorientierten Zensurengung. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte zu Hause stundenlang damit beschäftigt sind herauszufinden, ob Arbeiten KI-generiert sind oder nicht. Stattdessen sollten wir KI konstruktiv in den Unterricht einbinden und Bewertungskriterien entwickeln, die den sinnvollen Einsatz von KI berücksichtigen. In meinen Fortbildungen zum Thema „Game Changer KI“ zeige ich Kollegen zum Beispiel, wie man Aufgabenstellungen so gestaltet, dass sie trotz KI-Nutzung die eigenständige Leistung der Schüler erkennbar machen.

Das Interview führten Madeleine Helbig, Vorsitzende im Fachverband Oberschulen und Clemens Kuche, Stv. Kreisvorsitzender KV Niesky-Görlitz

Die nächste Bewerbungsrunde läuft!
Auch 2025 wird der SCHULEWIRTSCHAFT-Preis wieder vergeben – die Preisverleihung findet am Freitag, den 14. November in Berlin statt. Infos zur Ausschreibung und Teilnahme finden Interessierte hier:



Angela Papenburg als wirtschaftsseitige Vorsitzende und Dr. Thomas Schenk als schulseitiger Vorsitzender von SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland zeichnen die Oberschule Rauschwalde aus



Foto: ©SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland/William Veder

→ SACHSEN-ANHALT

In Sachsen-Anhalt formierte sich im Laufe des Kalenderjahres 2024 das „Aktionsbündnis Schulsozialarbeit“. Der Vorstand des Sekundarschullehrerverbandes begrüßte diese Initiative und entschloss sich nach einstimmigem Votum der Vorstandsmitglieder, sich diesem Aktionsbündnis anzuschließen. Das Ziel dieses Bündnisses besteht hauptsächlich darin, Schulsozialarbeit an allen Schulen, unabhängig der jeweiligen Schulform, zu etablieren bzw. dort wo bereits vorhanden, zu verfestigen bzw. auszuweiten.

In den Sekundarschulen unseres Bundeslandes besteht die Notwendigkeit, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an jeder Einrichtung zu einer festen Größe des Schullebens zu etablieren und diese Kolleginnen und Kollegen nach Möglichkeit über viele Jahre an der gleichen Einrichtung arbeiten zu lassen. Alle Mitglieder des Aktionsbündnisses sind sich darüber einig, dass die Grundlage für erfolgreiche Schulsozialarbeit zuerst darin besteht, diese im Schulgesetz zu verankern. Ebenso dringend notwendig ist die Frage zu erklären, wo die Schulsozialarbeit verortet ist, im Sozial- oder Bildungsministerium. Nach unserer Meinung, wäre hier eine Kooperation beider Ministerien im Sinne einer langfristigen Verstärkung der Schulsozialarbeit notwendig. Ein weiteres Problem besteht in der Finanzierung der Schulsozialarbeit, deshalb fordert das Aktionsbündnis, diese ab 2028 überwiegend aus Landesmitteln zu bestreiten. Auch die Trägerschaft der Schulsozialarbeit ist problematisch, da diese sich in verschiedenen gemeinnützigen Organisationen befindet. Hier besteht die Empfehlung, die Trägerschaft bei öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe anzubinden. Weitere Gedanken für eine erfolgreiche Schulsozialarbeit sind u.a.:

- eine faire Bezahlung der Schulsozialarbeiter (TV-L E 12)
- unbefristete Arbeitsverträge
- Anerkennung der Arbeit der Schulsozialarbeit als essentiellen Bestandteil des Bildungssystems
- Finanzierung durch die Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt
- Verfügbarkeit der Schulsozialarbeit an allen Schulen mit einem Mitarbeitenden für maximal 150 Schüler und Schülerinnen
- bessere Ausstattung und Unterstützung der Schulsozialarbeit durch eine höhere Verwaltungspauschale (etwa 300 Euro für Sachkosten/Monat).

Um den Forderungen des Aktionsbündnisses Schulsozialarbeit noch größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu



Steve Fellgiebel, zweiter SLV-Landesvorsitzender (links) und Dietmar Frühauf, erster Landesvorsitzender



SLV-Vorstand v.l.n.r.: Ortrud Kohlert, Marlies Skupin und Dietmar Frühauf

widmen, hat sich die Initiative der Schulsozialarbeitenden „Wir werden laut!“ gegründet.

Der Sekundarschullehrerverband unterstützt sowohl das Aktionsbündnis Schulsozialarbeit, als auch die neu gegründete Initiative „Wir werden laut!“ und hofft mit den weiteren Bündnispartnern auf eine bessere Vertiefung und Durchsetzung der Schulsozialarbeit an den Sekundarschulen in unserem Bundesland.

Am 21. und 22. Februar fand in Halle (Saale) die diesjährige Messe „Chance 25“ statt. Sie ist die größte Messe für Bildung, Job und Gründung in Mitteldeutschland und bietet allen Interessenten die Möglichkeit der Information bei einer riesigen Auswahl an Messeausstellern von Berufen mit Hauptschulabschluss bis zu akademischen Berufen. An dieser Messe nahm auch zum ersten Mal der Sekundarschullehrerverband mit einem eigenem Messestand teil. An beiden Tagen war dieser sehr rege besucht. Es kamen Abiturienten mit Fragen zum Studium und zum Lehrerberuf sowie Messe Gäste, die sich nach dem Prozedere als Seiten- bzw. Quereinsteiger erkundigten, beispielsweise wie man in diesen Beruf als nicht ausgebildete Lehrkraft einsteigen kann, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen und wer die Ansprechpartner sind. Auch eine große Anzahl von Eltern besuchte unseren Stand

und war sehr erfreut darüber, dass es eine Interessenvertretung speziell nur für die Sekundarschullehrkräfte gibt. Gleichzeitig erfolgten oft längere, intensive Diskussionen über den Zustand der Sekundarschulen bezüglich Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, Qualität der Schulabschlüsse im Real- bzw. Hauptschulbereich, aber auch in Bezug auf die schlechten baulichen Zustände der Sekundarschulen, der fehlenden Mittel für die Renovierung von Klassenräumen und Toiletten, die Zustände der Turnhallen bzw. der fehlenden Außenanlagen für den Sportunterricht.

Gleichzeitig konnten wir uns auch mit weiteren Ausstellerinnen und Aussteller unterhalten und die Chance nutzen, uns gegenseitig kennenzulernen und unsere Mailadressen bzw. Flyer auszutauschen.

Wir waren sehr erfreut über diese Diskussionen und den wirklich regen Zulauf an unserem Messestand. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die neu geknüpften Kontakte auch zu einem wechselseitigen Gesprächen führen werden und wir im Interesse der Sekundarschule weitere Partner gefunden haben. Ebenso erhoffen wir uns durch die Messe einen größeren Bekanntheitsgrad zu erlangen und natürlich das eine oder andere neue Mitglied gefunden zu haben.

Dietmar Frühauf
Landesvorsitzender

NEUNTER ALTERSBERICHT: MEHR TEILHABE FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Der im Januar von einer unabhängigen Sachverständigenkommission vorgelegte Neunte Altersbericht analysierte neben anderen Faktoren die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe und das Thema Diskriminierung im Alter.

Konkrete Handlungsempfehlungen

Die Sachverständigenkommission gab der Bundesregierung konkrete Empfehlungen, wie die Teilhabe älterer Menschen verbessert werden kann. An Beispielen wurde aufgezeigt, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten:

- deutsches Alterssicherungssystem stärken,
- Nutzung der Grundsicherungsansprüche im Alter stärken und die damit verdeckte Altersarmut reduzieren,
- bezahlbaren altersgerechten Wohnraumschaffen,
- politische Mitwirkung stärken durch die verpflichtende Einrichtung kommunaler Seniorenvertretungen,
- niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsförderung für ältere Menschen ausweiten.

Verhinderung von Diskriminierung und Ausgrenzung

Der Sachverständigenbericht arbeitete die Wirkung verschiedener Formen von Diskriminierung gegenüber älteren Menschen heraus. Zu einem guten Leben im Alter und zu einem guten Altern gehöre, Diskriminierung aufgrund des Alters zu verhindern. Chancen für Teilhabe könnten beispielsweise durch Geschlecht, sexuelle Orientierung, sozioökonomischer Status und ethnische Herkunft beeinflusst werden und sich wechselseitig verstärken, wenn sie gleichzeitig mit Altersdiskriminierung auftreten. Die Aufgabe von Politik und Gesellschaft läge darin, die großen Potenziale älterer Menschen in ihrer Vielfalt anzuerkennen und diskriminierungssensibel zu fördern.

Seit 1993 legt eine unabhängige Sachverständigenkommission einmal in jeder Legislaturperiode den Bericht zur Lage der älteren Generation vor. Dieser dient als wichtige Entscheidungsgrundlage für die Seniorenpolitik des Bundes. Nach der Befassung durch das Bundeskabinett werden der Neunte Altersbericht der Bundesregierung und die Stellungnahme nun dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zugeleitet.



Das PDF zum Neunten Altersbericht kann unter folgendem QR-Code gescannt und heruntergeladen werden:



Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/neunter-altersbericht-2329362>

dbb bundesseniorenvertretung:

„Alter gehört als Diskriminierungsmerkmal ins Grundgesetz“

Auf der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 17. und 18. März 2025 im dbb forum Berlin wurde der 9. Altersbericht der Bundesregierung im Detail vorgestellt. Schwerpunkte eines Referats waren Ageismus und die Diskriminierung älterer Menschen. Als Referent konnte der Soziologe Dr. Frank Berger, der am Deutschen Zentrum für Altersfragen auch zu Altersbildern und zur lokalen Sozialpolitik für ältere Menschen forscht und gleichzeitig die Geschäftsstelle für die Altersberichte leitet, gewonnen werden.

Dr. Frank Berner vollzog die Entstehung und die Schwerpunkte des im Januar veröffentlichten 9. Altersberichts der Bundesregierung nach. Einer der Schwerpunkte seines Referats auf der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung

waren Ageismus und die Diskriminierung älterer Menschen. Diese Themen entsprängen fest in den Köpfen verankerten Altersbildern. Benachteiligung, etwa durch Stereotype oder starre Altersgrenzen, seien auch vielen Älteren selbst nur wenig bewusst. „Jeder kann betroffen sein. Deshalb muss die Gesamtgesellschaft für Ageismus sensibilisiert werden. Alter gehört als Diskriminierungsmerkmal ins Grundgesetz“, forderte Dr. Frank Berner. Hierdurch würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, eine Teilhabe für alle Älteren zu ermöglichen und gutes Altern anstreben zu können.

Quelle: <https://www.dbb-senioren.de/artikel/ageismus-sensibilisieren-gut-altern-altersbericht-bundesregierung-diskriminierung-stereotype-grundgesetz-sozialpolitik.html>





Licht an!

DAMIT EINSAMKEIT NICHT KRANK MACHT

**Gegen soziale Isolation
im Alter**

WAS IST EINSAMKEIT?

In Gesellschaft, Politik und Forschung ist der Begriff „Einsamkeit“ definiert als das subjektiv empfundene, negative Gefühl der Diskrepanz zwischen gewünschten und vorhandenen sozialen Beziehungen, nicht zu verwechseln mit einem selbst gewählten, erwünschten Alleinsein. Einsamkeit gibt es in jeder Altersstufe, auch bei jungen Menschen, vor allem im Alter kann eine zunehmende Vereinsamung eintreten durch den Wegfall beruflicher Bindungen, durch Reduzierung familiärer Kontakte wegen Wegzug von Kindern und Enkeln, durch Verlust von Partnern und Freunden oder auch Pflegebedürftigkeit. Verschärft wurde die soziale Isolation bekanntlich während der Corona-Pandemie. Grundsätzlich sind soziale Beziehungen für eine gesunde Entwicklung und das psychische Wohlbefinden der meisten Menschen notwendig. Bei einer schwerwiegenden und dauerhaften Beeinträchtigung dieser Beziehungen können ernsthafte Probleme entstehen. Diese Erkenntnis gilt heute als ein Gemeinplatz der Psychologie.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention weist darauf hin, dass in den letzten Jahrzehnten eine Verschärfung auch eingetreten ist „durch hohe Flexibilisierungs- und Mobilitäts-erwartungen im Arbeitsleben. Menschen wechseln ihren Wohn- und Arbeitsort immer wieder mit der Folge, dass sie nicht mehr dauerhaft in Nachbarschafts-beziehungen, Vereinen, Gemeinden usw. eingebunden sind.“ Während in früheren Zeiten der Einzelne in festen Bezügen lebte hinsichtlich Stand, Beruf, Geschlechterrollen, hat die gesellschaftliche

TIPPS ANREGUNGEN

Gehen Sie nach draußen

Nutzen Sie alltägliche Wege. Schon ein kurzes Gespräch über Alltagsdinge beim Einkaufen, an der Haltestelle, im Wartezimmer kann hilfreich sein. Oft genügt eine kleine Bemerkung und der erste Kontakt ist aufgenommen. Studien belegen, dass selbst kurze oberflächliche Unterhaltungen Menschen bereichern und ihnen das Gefühl von Gemeinsamkeit schenken können.

Probieren Sie etwas Neues aus

Seien Sie mutig und beginnen etwas ganz Neues: ein neues Hobby, ein neuer Sport, eine neue Sprache, Erlernen eines Instruments, eine interessante Reise. Man trifft dabei Menschen und kann mit ihnen ins Gespräch kommen.

Pflegen Sie soziale Beziehungen

Wagen Sie es einfach, auf Ihre Nachbarn zuzugehen. Ein Gespräch am Gartenzaun, vor der Haustüre, beginnen Sie den Kontakt. Wenn man einander ein wenig kennt, wird man sich eher um einander kümmern.

Es ist bekannt, dass ein großes soziales Netzwerk mit Familienmitgliedern, Freunden, Lebenspartnern, Nachbarn die Anfälligkeit für Einsamkeit deutlich reduziert.

Übernehmen Sie ehrenamtliche und nachberufliche Tätigkeiten

Gemeinden bieten hier eine Vielzahl von Möglichkeiten. Wenn Sie anderen helfen, erfahren Sie oftmals Anerkennung und Wertschätzung. Als ehemalige Lehrkraft können Sie Ihr Fachwissen, Ihr pädagogisches Know-How und Ihre Erfahrungen im Bildungsbereich einbringen. Als Vertretungslehrkraft, als Lesepate an der Grundschule, als Lehrkraft für Deutsch-Kurse bei Migranten, als Unterstützer bei Veranstaltungen.



Fangen Sie etwas Neues an

Internet, Social Media, eigener YouTube-Kanal mit den Lieblingsrezepten – warum eigentlich nicht?

Nützen Sie kulturelle und sportliche Angebote

Statt nur zu Hause zu sitzen und sich mit Zeitungslektüre und Fernsehen zu begnügen, gehen Sie nach draußen alleine oder mit Gleichgesinnten und besuchen Sie Ausstellungen, Museen, Konzerte, Theater. Sie können sich einer Seniorensportgruppe anschließen, die an vielen Orten angeboten wird. Sie erhalten vielfältige Anregungen und gewinnen neue Blickwinkel. Das belebt Geist, Körper und Psyche.

Seien Sie offen für neue und alte Medien

Internet, soziale Netzwerke, Facebook, Handy bieten viele Möglichkeiten, um auch im Alter in Kontakt zu kommen und zu bleiben und sich zu vernetzen. Das Telefon lässt sich weiterhin nutzen, um familiäre Beziehungen zu stärken, Freundschaften zu aktivieren, alte Kontakte aufzufrischen und bestehende Freundschaften und familiäre Beziehungen zu stärken. Wenn Sie nicht angerufen werden, greifen Sie selbst zum Telefon. Oftmals lohnen sich Eigeninitiativen. Manche Bekannte haben vielleicht nur auf einen Anruf gewartet.

Bauen Sie dauerhafte Kontakte auf

Es gibt viele Möglichkeiten, sich Gemeinschaften anzuschließen. Treten Sie in einen Verein ein und nehmen Sie an den dortigen Aktivitäten teil. Wie wäre es, sich den Aktivitäten des brlv mit eigener Seniorenvertretung (wieder) anzuschließen? Gründen Sie einen Stammtisch vor Ort, schließen Sie sich einem Sport-, einem künstlerischen oder sonstigem Interessenverein an, einer Selbsthilfegruppe. Wer in einer Sportgruppe aktiv ist, bekommt nicht nur viele Kontakte, sondern auch mehr Bewegung und fördert die Gesundheit.

Modernisierung als Prozess der Freisetzung aus solchen Bindungen dazu geführt, dass die individualisierte Gesellschaft vom Einzelnen erwartet, soziale Beziehungen in vielen Bereichen selbst herzustellen und zu bewahren.

PUBLIC-HEALTH-THEMA

Einsamkeit ist keine Krankheit, sie ist ein Risikofaktor und auch die mit ihr einhergehenden Lebensumstände können körperlich und psychisch krank machen. Forschungsergebnisse zeigen ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes, Demenz oder psychische Störungen bei chronischer Einsamkeit. Das Thema ist über das individuelle Schicksal hinaus auch gesamtgesellschaftlich bedeutend. Seit einigen Jahren erfährt die Einsamkeitssituation zunehmend Aufmerksamkeit als Public-Health-Thema in der medialen und politischen Öffentlichkeit. Die Bekämpfung von Einsamkeit ist nicht nur wichtig für den Einzelnen und den sozialen Zusammenhalt, sondern ist auch aktive Gesundheitsvorsorge. Gegen die Einsamkeit können Kommunen und Regierungen in Bayern und Bund Konzepte entwickeln, Untersuchungen anstellen. Der Einzelne kann selbst verschiedene wirksame Maßnahmen ergreifen (siehe Kasten).

MOBILITÄT IN LÄNDLICHER REGION BESONDERS SCHWIERIG

Die Angebote richten sich im Wesentlichen an ältere Menschen, die noch mobil sind. Wer unter gesundheitlichen Einschränkungen leidet, kann sich nach Fahrgemeinschaften, Fahrdiensten, Hol- und Bringdiensten erkundigen wie auch nach Alltagshilfen, Patenschaften. Allerdings fehlt es in der Stadt und auf dem Land oftmals noch an Angeboten für Seniorinnen und Senioren. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Einsamkeitsstrategie der Bundesregierung vom Dezember 2023 hier Verbesserungen einleiten kann.

Christa Nicklas, brlv Seniorenvertretung

*Aus: Bayer. Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention:
Wenn Einsamkeit krank macht – Bericht zu den gesundheitlichen
Folgen von Einsamkeit in Bayern
BAGSO: Gemeinsam statt einsam – Initiativen und Projekte gegen
soziale Isolation im Alter*



Kerstin Mück bedankt sich bei Daniela Peetz

Die VDR Frauen mit der Vorsitzenden der dbb bundesfrauen
Milanie Kreutz



Fotos: Kerstin Mück

Tagung der VDR Frauen:

Transformation in Politik und Gesellschaft – Auswirkungen auf den Beruf

Vom 20. bis 22. März 2025 fand die Jahrestagung der VDR Frauenvertretung in Fulda unter der Leitung der Vorsitzenden Nicole Weiß-Urbach statt. Die Tagesordnung versprach eine intensive Auseinandersetzung mit Themen der Gleichstellungspolitik, gesellschaftliche Entwicklungen und den resultierenden Herausforderungen im Schulalltag.

Gleichstellung im Schulalltag mit Daniela Peetz

Die Beraterin, Mentorin und Coach für Frauen und Gleichstellung Daniela Peetz eröffnete die Tagung inhaltlich mit einem Impulsreferat, in dem sie einen Überblick über die gesellschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung gab. Mit den Teilnehmerinnen diskutierte sie anschließend über brandaktuelle politische Entwicklungen. In Gruppenarbeiten folgte dann eine intensive Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der Transformation, insbesondere im Bereich Digitalisierung, New Work und Geschlechtergerechtigkeit.

Für die VDR Frauenvertreterinnen war das Thema der Gleichstellung im Schulalltag besonders bedeutsam. Es wurden von ihnen diesbezügliche Herausforderungen und Chancen identifiziert, sowie Strategien zur Förderung der Gleichstellung im Unterricht erarbeitet. Die Rolle von Schule als Wertevermittler mit Vorbildfunktion wurde als ein wichtiger Aspekt herausgestellt. Auch die Aus-

wirkungen gesellschaftlicher Veränderungen auf Familie, Beruf und Ehrenamt wurden betrachtet. Die anschließende Diskussion stützte sich auf die Erfahrungen der Teilnehmerinnen zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mögliche Teilzeitmodelle. Dazu wurden abschließend Lösungsansätze und Unterstützungsangebote entworfen.

Aktuelles aus der dbb bundesfrauenvertretung mit der Vorsitzenden Milanie Kreutz

Milanie Kreutz gestaltete in ihrem kurzweiligen Vortrag über die dbb bundesfrauen den zweiten Schwerpunkt der frauenpolitischen Tagung. Sie informierte zunächst über die Struktur und die verschiedenen Gremien der bundesfrauenvertretung und informierte im weiteren Verlauf über aktuelle frauenpolitische Themen und die daraus resultierenden Ziele der dbb bundesfrauen. „Altersarmut ist weiblich“ begann sie ihren Beitrag zur genderbasierten Rentenlücke in Deutschland, die ihre Ursachen u.a. im Gender Pay Gap und der

Teilzeitfälle hätten. Lösungsansätze wie die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und die Etablierung flexibler Arbeitsmodelle bildeten die Grundlage für die Forderungen zum Rentensystem. Weitere Themen ihrer politischen Arbeit befassten sich u.a. mit der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf oder mehr Steuergerechtigkeit für geringer verdienende Ehepartnerin durch die Überführung der Steuerklassen III und V in Klasse IV.

Einen besonderen Fokus legte Kreutz auf das Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“. Es müsse eine klare Haltung und Regelungen (Null-Toleranz-Strategie) geben, Mitarbeitende müssten geschult und sensibilisiert werden, Betroffene umfangreich geschützt und unterstützt, Täter klar sanktioniert werden.

Ihr Bericht über den Erfolg des Mentoringprogramms der dbb bundesfrauen, das bereits zum zweiten Mal durchgeführt wird und sich an Frauen in gewerkschaftlichen Führungspositionen richtet, wurde durch die persönlichen Erfahrungen und Anekdoten der VDR Frauen, die bereits an diesem Programm teilgenommen hatten, in ein lebendiges Bild gegossen.

grundlagen zu Teilzeit mit Prof. JU Dr., Ph.D., Daniela A. Heid, M. A.

Geführt kam der Einsatz der ebenso charmanten wie messerscharf formulierenden Juristin Heid fast ein wenig zu kurz im Rahmen der Tagung, da sie die anwesenden Frauen binnen weniger Minuten in ihren Bann gezogen hatte. Gespickt mit Anekdoten, pointiert und vor allem informativ erläuterte die Referentin die wichtigsten Eckpunkte zum Thema „Teilzeit“ im Beamtentum. Hierbei bezog sich die Dozentin von der Hochschule des Bundes vor allem auf das Bundesbeamtentum, aber auch auf die Rechtslagen der einzelnen Bundesländer.

Hauptberuflichkeit und Alimentationspflicht

Weil Lehrkräfte mit Eintritt in das Beamtentum versichern, dass ihre Lehrtätigkeit künftig ihr Hauptberuf sein wird

Prof. Dr. Heid bei ihrem lebhaften Vortrag über Teilzeit im Beamtentum



Beamtenrecht-Rechts-



Die Vertreterinnen des Saarlandes, von Berlin und Nord-Rheinwestfalen im konzentrierten Austausch

(Verpflichtung zur Hauptberuflichkeit), haben Bund oder Land im Gegenzug Alimentations- und Fürsorgepflicht für ihre Beamtinnen und Beamten. Weil man freiwillig den vertraglichen Passus unterschreibt, nicht „Dienerin oder Diener zweier Herren (oder Damen)“ zu sein, umfasst die Alimentationspflicht des Dienstherrn die Verpflichtung des selbigen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie den angemessenen Lebensunterhalt der Beamtin/des Beamten (und seiner Familie) zu sichern. Das Alimentationsprinzip umfasst auch die finanzielle Absicherung bei beispielsweise Teilzeit, Krankheit, Dienstunfähigkeit oder Sterbefällen.

Grundlagen für Teilzeit seit den 90ern

Die Grundlagen für Teilzeitbeschäftigung wurden erst im Jahr 1997 durch das Dienstrechtsreformgesetz geschaffen. Seitdem können Beamtinnen und Beamte eine Teilzeitbeschäftigung beantragen, auch ohne Voraussetzungen wie Erziehungs- oder Pflegezeiten vorweisen zu müssen. Zumindest theoretisch – es kann mittlerweile festgestellt werden, dass voraussetzungslose Teilzeitanträge aufgrund des steigenden Lehrkräftemangels zunehmend nicht genehmigt werden.

Und um nochmal auf die Hauptberuflichkeit von Beamtinnen und Beamten zurückzukommen: Es gibt ein Recht auf Teilzeit, nicht aber ein Zwang dazu. Denn Verbeamtete haben ein Recht auf eine volle Stelle.

Gleichstellung sichert ab vor Benachteiligung

Gut zu wissen ist auch, dass Teilzeiten weder bei der Einstellung, noch beim beruflichen Fortkommen zum persönlichen Nachteil in der Beamtenlaufbahn werden dürfen, laut Beamtengleichstellungsgesetz.

Seit 2006 gibt es als Konsequenz der Gleichstellung sogar Regelungen, dass der Beamtenstatus auf Widerruf in Teilzeit ausgeübt werden darf. Allerdings muss der Ausbildungserfolg gewährleistet sein, ansonsten droht eine Verlängerung des Vorbereitungsdienstes.

Auch Beamtinnen und Beamte auf Probe können Teilzeit beantragen, soweit dem Antrag nicht zwingende sachliche Gründe entgegenstehen. Kurzum: Solange der dienstliche Betrieb aufrechterhalten werden kann, ist Teilzeit zu gewähren – sobald die Unterrichtsabdeckung nicht mehr garantiert werden kann, werden Anträge abgelehnt.

Wird die Probezeit bei einer Beförderungsstelle in Teilzeit absolviert, so wird die Teilzeit vollständig angerechnet. In Ausnahmefällen kann der Erprobungszeitraum um maximal ein Jahr verlängert werden.

Formen der Teilzeit und ihre Voraussetzungen

Neben der zunehmend eingeschränkten voraussetzungslosen Teilzeit, gibt es auch die im Rahmen von Erziehungs- und Pflegezeiten. Alle drei haben eins gemeinsam: Sie müssen fristgenau beantragt werden.

Voraussetzungen:

- mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen, § 92 Abs. 1 BBG

Als Angehörige werden nach § 20 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Verlobte, Ehe- und Lebenspartnerinnen /-partner, Verwandte und Verschwägerter gerader Linie, Geschwister etc. gezählt.

Als pflegebedürftig im Sinne des Sozialgesetzbuches sind Personen, die gesundheitlich bedingt in ihrer Selbständigkeit oder ihren Fähigkeiten eingeschränkt sind und deshalb der Hilfe benötigen (§ 14 Abs. 1 SGB XI).

Familienbedingte Teilzeit:

Während bei der voraussetzungslosen Teilzeit mindestens fünfzig Prozent der Wochenstundenzahl abgeleistet werden muss, kann eine familien- und pflegebedingte Teilzeit auch höher ausfallen. Nach maximal 15 Jahren (Elternzeiten werden nicht mitgerechnet) erlischt der Anspruch auf familienbedingte Teilzeit, da dann die Volljährigkeit des Kindes erreicht ist.

Pflegebedingte Teilzeit:

Familienpflege ist für alle Beschäftigten für bis zu 48 Monaten möglich. Die Arbeitszeit kann hierbei für höchstens zwei Jahre um maximal fünfzig Prozent oder auf mindestens 15 Wochenstunden reduziert werden. Im Gegenzug wird die Besoldung in der Pflegephase um maximal 25 Prozent verringert. Nach der Pflegephase folgt die Nachpflegephase, in der der Vorschuss wieder ausgeglichen werden muss. D.h. man arbeitet für einen begrenzten Zeitraum weiterhin zum reduzierten Gehalt weiter.

Teilzeit während der Elternzeit:

Entscheiden sich junge Eltern für das ElterngeldPlus, so erhalten sie dies bis zu 28 Monate nach der Geburt eines Kindes. Während dieser Zeit darf bis zu 32 Wochenstunden im Durchschnitt eines Monats in Teilzeit

beim Dienstherrn gearbeitet werden, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

ElterngeldPlus ist nur halb so hoch wie Basiselterngeld.

Quellen:

- Bundeslaufbahnverordnung (BLV)
- Bundesgleichstellungsgesetz (BGleig)
- Arbeitszeitverordnung (AZVO)
- Bundesbeamtengesetz (BBG)
- Beamtenstatusgesetz (BeamtStG)
- Gesetz über die Familienpflegezeit (FPfZG)
- Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen des Bundes und die Elternzeit für Beamtinnen und Beamte des Bundes (MuschElitZV)
- D. Heid: Beamtenrecht des Bundes, 2. Aufl., 2021

Das Fazit der zufriedenen Teilnehmerinnen fiel eindeutig aus: Das Frauenseminar 2025 war eine höchst informative Veranstaltung und bot eine wertvolle Plattform für praxisorientierte Weiterbildung im Bereich Gleichstellungspolitik und den beruflichen Herausforderungen. Darüber hinaus gab es genügend Raum für den persönlichen Austausch und die Vernetzung, was für dieses Gremium eine sehr große Bedeutung hat.

Kerstin Mück
Nicole Weiß-Urbach

Gute Laune und intensive Gespräche



Jetzt ZDF-Partnerschule werden!

Das Bewerbungsportal ist geöffnet: Weiterführende Schulen können sich ab sofort über schule.zdf.de als ZDF-Partnerschule bewerben und so das ZDF direkt in ihre Klassenzimmer holen. Damit startet die Bildungsinitiative „ZDF goes Schule“ den direkten Austausch mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften.

Teil des Partnerschulprogramms sind Schulbesuche von ZDF-Programm makerinnen und -machern, die mit Workshops in Klassen oder Vorträgen in der Schulaula die Lehrenden bei der Vermittlung von Medienkompetenz unterstützen. Das Konzept orientiert sich dabei eng an den Bedürfnissen der Schulen.

Die Pilotphase beginnt im neuen Schuljahr 2025/2026. Weitere Infos finden Sie hier:



Die gemeinnützige Bildungsorganisation LifeTeachUs nutzt Unterrichtsausfall für Projekte, die der „Lebensvorbereitung“ dienen ...



... und gewann mit dieser Idee den Sozialen Innovationspreis 2024 der Kongressmesse ConSozial

LifeTeachUs – Lebenserfahrung in den Unterricht bringen

Unterrichtsausfall, hohe Belastung von Lehrkräften und fehlender Praxisbezug sind Herausforderungen, mit denen Schulen konfrontiert sind. LifeTeachUs bietet eine Lösung: Menschen aus verschiedensten Berufs- und Lebensbereichen unterstützen Schulen, indem sie wertvolle Impulse geben – sei es bei Unterrichtsausfall, zur Ergänzung des Fachunterrichts oder an Projekttagen.

Lernen aus der Praxis

LifeTeachUs ermöglicht lebensnahes Lernen: Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen teilen ihr Wissen mit Schülerinnen und Schülern. Dabei geht es um Themen wie z. B. Berufsorientierung, erste Hilfe, nachhaltiges Leben oder Finanzwissen. So erhalten Jugendliche praxisnahe Einblicke, die über den klassischen Unterricht hinausgehen.

Flexible Unterstützung für Schulen

Die Teilnahme der LifeTeacher ist flexibel. Schulen können diese Unterstützung spontan nutzen, wenn Lehrkräfte ausfallen, oder gezielt in ihren Unterricht integrieren.

Sicherheit und Qualität

Um eine hohe Qualität zu gewährleisten, durchlaufen alle LifeTeacher einen Zertifizierungsprozess. Sie legen ein erweitertes Führungszeugnis vor, absolvieren eine pädagogische Schulung und bereiten ihre Themen schulgerecht auf. Nach erfolgreicher Prüfung werden sie in den Pool der qualifizierten LifeTeacher aufgenommen (3.500 Stand 03/2025).

Eine Bereicherung für den Schulalltag

Durch LifeTeachUs profitieren alle Beteiligten: Lehrkräfte erhalten Unterstützung, Schülerinnen und Schüler erleben spannende Begegnungen mit Menschen aus verschiedenen Lebensbereichen, und Life-

Teacher geben ihr Wissen weiter. Zudem wird Chancengleichheit gefördert, indem Erfahrungen unabhängig vom sozialen Hintergrund geteilt werden.

Gemeinsam Schule gestalten

LifeTeachUs versteht sich nicht als Dienstleister, sondern als Partner der Schulen. Transparente Kommunikation, Respekt für die ehrenamtliche Arbeit der LifeTeacher und die Einbindung der gesamten Schulgemeinschaft stehen im Mittelpunkt. Schulen können sich einfach als Partnerschule registrieren und ihre Schülerinnen und Schüler mit wertvollen Lebenserfahrungen bereichern.

Über LifeTeachUs

LifeTeachUs ist eine gemeinnützige Bildungsorganisation aus Berlin, die in den letzten drei Jahren ehrenamtlich aufgebaut wurde. Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Teilnahme finden Interessierte unter www.lifeteachus.org.

BILDUNG REAL

Heft 3-4/2025
erscheint im Juli 2025

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um gesund zu werden!

27 JAHRE
SEIT 1998

linik wersbach
Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner

Deutsche Sporthochschule Köln
German Sport University Cologne

Deutsches Rotes Kreuz

HOCHSCHULE FRESENIUS
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Virginia Polytechnic University

Wir sind für Sie da!
Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

linik wersbach empfiehlt Ihnen **GUT LANDSCHEID** www.gut-landscheid.de
Hotel & Restaurant

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer
Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und
im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer
im Sekundarbereich

Ralf Neuschwender
Dachauer Str. 44 a • 80335 München
Tel.: +49 (89) 55 38 76
Fax: +49 (89) 55 38 19
info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin

Waltraud Eder
Dachauer Str. 44 a • 80335 München
Tel.: +49 (1520) 1957242
eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer,
Dirk Meußner, Madeleine Helbig
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers oder der Schriftleitung wieder.

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke
erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt
eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung,
für unverlangt eingehende Bücher, Schriften
oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernom-
men. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto
beiliegt. Alle Rechte, auch auszugswesen Nach-
drucks der fotomechanischen Wiedergabe und
der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung

A.V.I. A. V. I. Allgemeine Verlags- und
Informationsgesellschaft mbH
Hauptstraße 68a
30916 Isernhagen
Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0
Fax: +49 (05139) 98 56 59-9
info@avi-fachmedien.de
z. z. gültige Preisliste Nr. 13 vom 1.2.2023

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen
die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-
Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich
Versandkosten. Alle Preise enthalten
die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-
zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbe-
stellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 3-4/2025
ist der 20. Juni 2025

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind und ist bis zum 31.12.2025 befristet.